

Wie überleben wir die Klimakrise?

_____ **Schwerpunkt:** Vom Umgang mit extremen Bedingungen _____ **Meinung:** Im Kampf gegen Korruption in Nigeria gehören Whistleblower besser geschützt _____ **Aus aller Welt:** Warum das Vieh der Massai schneller laufen muss, damit VW Emissionszertifikate erhält _____ Wie globaler Journalismus unabhängiger von Big-Tech-Infrastruktur werden kann



Meinung — 5

- 5 Antikorruptionsbehörden sind auf Insiderinformationen angewiesen, doch Whistleblower*innen in Nigeria fehlt es an rechtlichem Schutz**
Obongodu Paul Unanam

“Es gibt in Nigeria kein spezifisches Gesetz zum Schutz von Hinweisgeber*innen, das Staatsbedienstete vor Vergeltung schützt, wenn sie über offizielle Kanäle Betrugsfälle melden.”

Obongodu Paul Unanam, S. 5



Aus aller Welt — 8

- 8 Warum das Vieh der Massai schneller laufen muss, damit VW CO₂-Zertifikate erhält**
Lawrence Kilimwiko
- 12 Frauen und Mädchen aus Darfur finden im Osten Tschads zwar Schutz vor dem Krieg in Sudan, aber kaum Sicherheit**
Katharina Wilhelm Otieno
- 16 Nigeria ist weltweit am stärksten von Sichelzellenanämie betroffen, und ungenaue Tests, hohe Kosten und Stigmatisierung verschlimmern die Lage für Erkrankte**
Munyal Manunyi
- 21 Wie globaler Journalismus unabhängiger von Big-Tech-Infrastruktur werden kann**
Lucia Deon
- 23 Heutzutage: In Pakistan bergen manche Krankenhäuser das Risiko, sich dort mit HIV zu infizieren, und Kinder sind besonders betroffen**
Aqsa Younas



Manaïl Youssouf ist eine von vielen Frauen, die unter lebensgefährlichen Bedingungen aus Sudan nach Tschad geflüchtet sind, S. 12.

26 — Schwerpunkt — Wie überleben wir die Klimakrise?

- 27 Die Menschheit hat sich selbst in einen Katastrophenfilm befördert, kann das Drehbuch aber noch beeinflussen**
Katharina Wilhelm Otieno
- 28 Im traditionellen Wissen der Tuareg liegen wichtige Erkenntnisse für die Klimasicherheit der Sahelzone**
Rachid Bouajila
- 31 Wie sich deutsche Entwicklungszusammenarbeit für mehr Wassersicherheit einsetzt**
Reem Alabali Radovan
- 35 Frühzeitige Investitionen, sichere Mobilität und die Unterstützung von aufnehmenden Gemeinden können die Risiken klimabedingter Vertreibung verringern**
Interview mit Amy Pope
- 40 Wie Küstengemeinden in Bangladesch gegen Versalzung kämpfen**
Md. Bodrud-Doza
- 44 In der Sahelzone verschärft die Klimakrise zwar die Lage der Bevölkerung, doch die tatsächlichen Ursachen für deren Leid sind politischer Art**
Interview mit Kamal Donko
- 48 In Südsudan konkurriert der Klimawandel mit Armut, Konflikten, Vertreibung und Hunger um einen Platz auf der nationalen Agenda**
Alba Nakuwa
- 51 Nach Jahren der Dürre gelang es einem Dorf in Simbabwe, ein Feuchtgebiet wiederherzustellen und so Landwirtschaft und Umweltschutz zu verbinden**
Calvin Manika

Foto: Fabeha Monir



Titel: Foto von Fabeha Monir (siehe S. 4).

Die vergangenen Monate haben eindrucksvoll gezeigt, in welchem Maße sich die Menschheit selbst in einen Katastrophenfilm befördert hat. Die Klimakrise entfaltet sich auf allen Kontinenten, mit Sturzregen und Dürren. Auch wenn wir den Film nicht anhalten können, liegt es noch in unserer Hand, welche Rolle wir ab hier spielen möchten. In vielen Ländern des Globalen Südens konkurriert der Klimawandel mit anderen Krisen, etwa bewaffneten Konflikten oder Armut, und verstärkt diese oft. Unser Schwerpunkt zeigt: Die zugrundeliegenden Probleme sind nicht naturgegeben, sondern menschengemacht, und es gibt Lösungen, die es zu finden und umzusetzen gilt.

Künstlerin des Monats

Fabeha Monir ist eine unabhängige Fotojournalistin mit Sitz in Dhaka, Bangladesch. In ihrer fesselnden Erzählkunst verbindet sie Fotografie, Film und investigative Berichterstattung miteinander. Ihre Arbeiten drehen sich um drängende Themen wie geschlechtsspezifische Gewalt, Arbeitnehmerrechte, Klimawandel und Zwangsmigration; dabei rückt sie die Erfahrungen von Menschen in Gemeinden in ganz Südasien in den Vordergrund.

Monirs Arbeiten wurden in renommierten Medien wie der „New York Times“, „Bloomberg News“, dem „Wall Street Journal“ und der „Washington Post“ veröffentlicht. Im Jahr 2024 war sie Teil des Regie-Teams bei dem Kurzdokumentarfilm „The Taste of Honey“, der beim Terni Film Festival in Italien den Preis für den besten Kurzfilm gewann und offiziell für das Africa International Human Rights Film Festival ausgewählt wurde. Der Film beleuchtet das Leben von Honigsammler*innen in den südasiatischen Sundarbans und zeigt Zusammenhänge zwischen Umweltzerstörung und Menschenrechten auf.

fabehamonir.net



Foto: Mohammad Rakibul Hasan



https://www.

Die gute Nachricht

Die Deutsche Welle (DW) hat eine App entwickelt, die Nutzer*innen ermöglichen soll, digitale Zensur zu umgehen und auf DW-Inhalte in Ländern zuzugreifen, in denen Teile des Internets eingeschränkt sind. Viele Regierungen entwickeln ihre Blockademaßnahmen zwar stetig weiter, dennoch bietet die App eine vergleichsweise robuste Möglichkeit, informiert zu bleiben.

Sie vereint mehrere Funktionen, darunter ein integriertes VPN, keine Übertragung personenbezogener Daten, das Teilen von Artikeln via Bluetooth sowie einen Datensparmodus für Verbindungen mit geringer Bandbreite oder instabilem Netz. Um die Abhängigkeit von App-Stores zu verringern (die blockiert oder überwacht werden können), lässt sich DW Access entweder über Messengerdienste und Bluetooth weitergeben oder direkt unter [access-unlocked.org](https://www.access-unlocked.org) herunterladen.

221

gewaltsame Konflikte verzeichnete das Conflict Barometer des Heidelberg Institute for International Conflict Research (HIK) für das Jahr 2025. Gegenüber dem Vorjahr entspricht das einem Anstieg um zwölf Konflikte.

Auf Basis einer Reihe qualitativer und quantitativer Indikatoren dokumentiert das Konfliktbarometer regelmäßig das weltweite Konfliktgeschehen und unterscheidet dabei zwischen nicht gewaltsamen und gewaltsamen Konflikten.

Während die Gesamtzahl der Konflikte 2025 leicht zurückging, nahm innerhalb der gewaltsamen Konflikte auch die Zahl der Kriege – also der höchsten Eskalationsstufe – von 27 auf 28 zu. Mit 13 Kriegen wurde weiterhin ein großer Teil davon in Subsahara-Afrika ausgetragen.



Demonstration gegen Korruption in Abuja im Jahr 2016.
Zehn Jahre später sieht es nicht wesentlich besser aus.

KORRUPTION

Schutz für Nigerias Whistleblower*innen

Eine Frage wird in Diskussionen über Antikorrupsionsreformen in Afrika viel zu selten gestellt: Woher kommen die Informationen über Missstände – und was ist mit denjenigen, die sie liefern?

VON OBONGODU PAUL UNANAM

Die Kommission für Wirtschafts- und Finanzkriminalität (Economic and Financial Crimes Commission – EFCC) und die Unabhängige Kommission zur Korruptionsbekämpfung (Independent Commission Against Corruption – ICPC) sind in Nigeria zentrale Institutionen im Kampf gegen Korruption. Aber um jemanden festzunehmen oder um Anhörungen durchführen zu können, brauchen sie Informationen. Irgendwo muss jemand etwas gewusst und entschieden haben, diese Informationen weiterzugeben. Die Frage ist: Wer entscheidet sich dafür, unter welchen Umständen – und welche rechtlichen Folgen hat das für diese Person?

In Nigeria lautet die Antwort auf diese letzte Frage: nichts Gutes. Es gibt kein spezifisches Gesetz zum Schutz von Hinweisgeber*innen, das Staatsbedienstete vor Vergeltung schützt, wenn sie über offizielle Kanäle Betrugsfälle melden. Bisher gibt es lediglich Bestimmungen in verschiedenen Gesetzen, die diejenigen schützen, die Fehlverhalten melden – wie etwa das Gesetz über korrupte Praktiken und andere damit zusammenhängende Straftaten aus dem Jahr 2000.

Ein Gesetzentwurf, der einen umfassenden Schutz vorsehen würde, wurde im Dezember 2022 vom Bundesrat gebilligt und an die Nationalversammlung weitergeleitet. Bis Mitte 2026 war er noch nicht verabschiedet worden. In den letzten zwanzig Jahren wurden den gesetzgebenden Instanzen mehrere Fassungen dieses Gesetzentwurfs zum Schutz von Whistleblower*innen vorgelegt. Keine davon ist bisher in Kraft getreten.

„Der Gesetzentwurf zum Schutz von Whistleblower*innen ist weder komplex noch kostspielig.“

Stattdessen gibt es lediglich eine 2016 vom Finanzministerium erlassene Verwaltungsrichtlinie, die Whistleblower*innen zwischen 2,5 und fünf Prozent der letztendlich zurückerlangten öffentlichen Gelder garantiert. Unklar bleibt, was geschieht, wenn die betroffene Institution zu Vergeltungsmaßnahmen greift. Weder eine Entlassung ist verboten noch eine strafrechtliche Verfolgung. Es gibt auch nichts, was etwa hochrangige Beamte*innen daran

hindert, sich mit den Strafverfolgungsbehörden abzustimmen, um Informant*innen das Leben schwer zu machen.

Das sind keine hypothetischen Bedenken. Ein ehemaliger stellvertretender Direktor des nigerianischen Gemeinsamen Zulassungs- und Immatrikulationsausschusses meldete finanzielle Unregelmäßigkeiten über den offiziellen internen Kanal, den sein Arbeitgeber eigens dafür eingerichtet hatte. Er wurde entlassen. Es wurde Strafanzeige gegen ihn erstattet, und die Polizei suchte ihn zu Hause auf. Zugleich wurden drei separate Gerichtsverfahren bemüht. Er hatte genau das getan, wozu Rahmenwerke für Antikorruptionsreformen anregen sollen. Allerdings schien die Reaktion darauf angelegt zu sein, dass niemand in Versuchung kommt, seinem Beispiel zu folgen.

WAS DAS FÜR DIE ENTWICKLUNGSPOLITIK BEDEUTET

Internationale Kooperationsprogramme, die sich dafür einsetzen, dass Regierungsführung in Nigeria und ganz Afrika reformiert wird, messen den Fortschritt im Kampf gegen Korruption meist daran, welche Institutionen es gibt, welche rechtlichen Befugnisse sie haben und wie gut die Strafverfolgungsquoten sind. Das sind vernünftige Indikatoren – aber sie übersehen einen wichtigen Aspekt.

Eine Antikorruptionsbehörde ist auf die Informationen angewiesen, die ihr geliefert werden. Deshalb prüfen etwa Auditor*innen veröffentlichte Jahresabschlüsse, und Finanzermittlungsstellen können Transaktionsmuster nachverfolgen. Aber keine dieser Stellen kommt ohne interne Berichte an konkretes Wissen darüber, wie Beschaffungsbetrug organisiert wurde, welche Beamte*innen überbeuerte Verträge genehmigt haben oder wo Dokumente verändert wurden, um das zu vertuschen. All das wissen allein die Personen, die anwesend waren, als sich die Dinge ereigneten – wie etwa die Beamte*innen in der Finanzabteilung, Beschaffungsbeauftragte, die miterlebten, wie der Auftrag an die falschen Bieter*innen vergeben wurde, oder die Buchhalter*innen, die für die Zahlung zuständig waren und sich über die Zahlen wunderten.

Diese Personen haben aktuell genau zwei Möglichkeiten: Sie können schweigen, was rechtlich unbedenklich und beruflich sinnvoll ist. Oder sie können den Vorfall melden, was ebenfalls rechtmäßig ist. Allerdings sind sie damit – ohne jeden Rechtsschutz – den institutionellen Repressalien ausgesetzt, über die die Behörde verfügt, bei der sie ihre Meldung erstattet haben.

Entwicklungsprogramme, die Antikorruptionsbehörden als Analyseeinheiten betrachten, ohne das rechtliche Umfeld innerhalb der Institutionen zu untersuchen, die diese Behörden eigentlich überwachen sollen, messen lediglich

die sichtbare Struktur und übersehen dabei den größeren Zusammenhang. Die Verurteilungsbilanz der EFCC hängt auch von der Menge der Informationen ab, die sie erhält. Und diese wiederum hängt auch davon ab, ob sich die Personen, die diese Informationen haben, sicher genug fühlen, sie weiterzugeben.

EIN GESETZ ZUM SCHUTZ VON INFORMANT*INNEN IN NIGERIA IST ZENTRAL

Der Gesetzesentwurf zum Schutz von Whistleblower*innen, der der Nationalversammlung seit fast vier Jahren vorliegt, ist weder komplex noch kostspielig. Er erfordert weder die Einrichtung einer neuen Behörde noch eine Verfassungsänderung oder erhebliche Haushaltsmittel. Er benötigt lediglich einen Beschluss der Legislative, institutionelle Repressalien gegen Beamt*innen, die Betrugsfälle melden, für rechtswidrig zu erklären – mit festgelegten Strafen und einem unabhängigen Beschwerdemechanismus.

Im Jahr 2006 hat Nigeria das Übereinkommen der Afrikanischen Union zur Prävention und Bekämpfung von Korruption unterschrieben. Artikel 5 dieses Übereinkommens verpflichtet die unterzeichnenden Staaten, Maßnahmen zum Schutz von Personen zu ergreifen, die in guter Absicht Korruption melden. Diese Verpflichtung erfüllt Nigeria seit 20 Jahren nicht.

Die Verabschiedung des Gesetzesentwurfs würde den Kampf gegen Korruption nicht über Nacht verändern. Institutionelle Kulturen ändern sich nur langsam, und Gesetzesänderungen allein reichen nicht aus, um einen solchen Wandel herbeizuführen. Vielmehr würde sie das deutlichste Zeichen dafür beseitigen, dass das Rechtssystem genau jene Rechenschaftspflicht von Insider*innen untergräbt, die es öffentlich zu unterstützen vorgibt.

Die Wahlen 2027 in Nigeria rücken näher. Das Land belegt in Korruptionsindizes wie dem „Korruptionswahrnehmungsindex“ von Transparency International durchweg einen der hinteren Plätze. Die Bilanz der derzeitigen Regierung im Kampf gegen Korruption wird auch daran gemessen werden, ob nachhaltige Veränderungen am institutionellen Rahmen vorgenommen wurden. Ein Gesetz zum Schutz von Whistleblower*innen wäre die eindeutigste Antwort darauf.



OBONGODU PAUL UNANAM

hat Jura an der University of Uyo, Nigeria, studiert. Seine Schwerpunkte sind Korruptionsbekämpfung und institutionelle Governance. Er schreibt aus Akwa Ibom, Nigeria.

**obomgodu@gmail.com |
obongodupaulunanam.com**



**Abonnieren Sie E+Z
auf WhatsApp!**



Die Herden der Massai sind ein zentraler Bestandteil ihrer Identität.

CO₂-KOMPENSATION

Damit VW CO₂-Zertifikate erhält, müssen die Rinder der Massai ihre Runden schneller laufen

Es klingt fast wie Satire, ist aber wahr. Das von Volkswagen in Tansania unterstützte CO₂-Kompensationsprojekt, das darauf abzielt, die Speicherung von Kohlenstoff im Boden zu maximieren, stößt bei den Massai auf Widerstand, da es nicht mit ihren traditionellen Weidepraktiken vereinbar ist.

VON LAWRENCE KILIMWIKO

Bisher war der deutsche Automobilhersteller Volkswagen in Tansania vor allem wegen seiner bei Staatsbediensteten beliebten Automodelle bekannt. Nun steht er aus einem anderen Grund im Rampenlicht: Er finanziert ein groß angelegtes CO₂-Kompensationsprojekt. Dabei spielen die Massai und ihre Herden eine wichtige Rolle. Doch die Indigene Bevölkerung lehnt das Projekt weitgehend ab, denn es steht im Widerspruch zu traditionellen Praktiken, die für ihren Lebensunterhalt von großer Bedeutung sind.

Das „Longido Monduli Rangelands Carbon Project“ wird von der zivilgesellschaftlichen Organisation „Soils for the Future Tanzania“ gemeinsam mit dem „Biodiversity Research Institute“ entwickelt und von Volkswagens Joint Venture für Umweltberatung, „Volkswagen ClimatePartner“, unterstützt. Das Projekt möchte durch Beschleunigung der Weiderotation der Massai-Herden ein ausgedehntes Grasland-Ökosystem in zwei Bezirken in Nordtansania fördern.

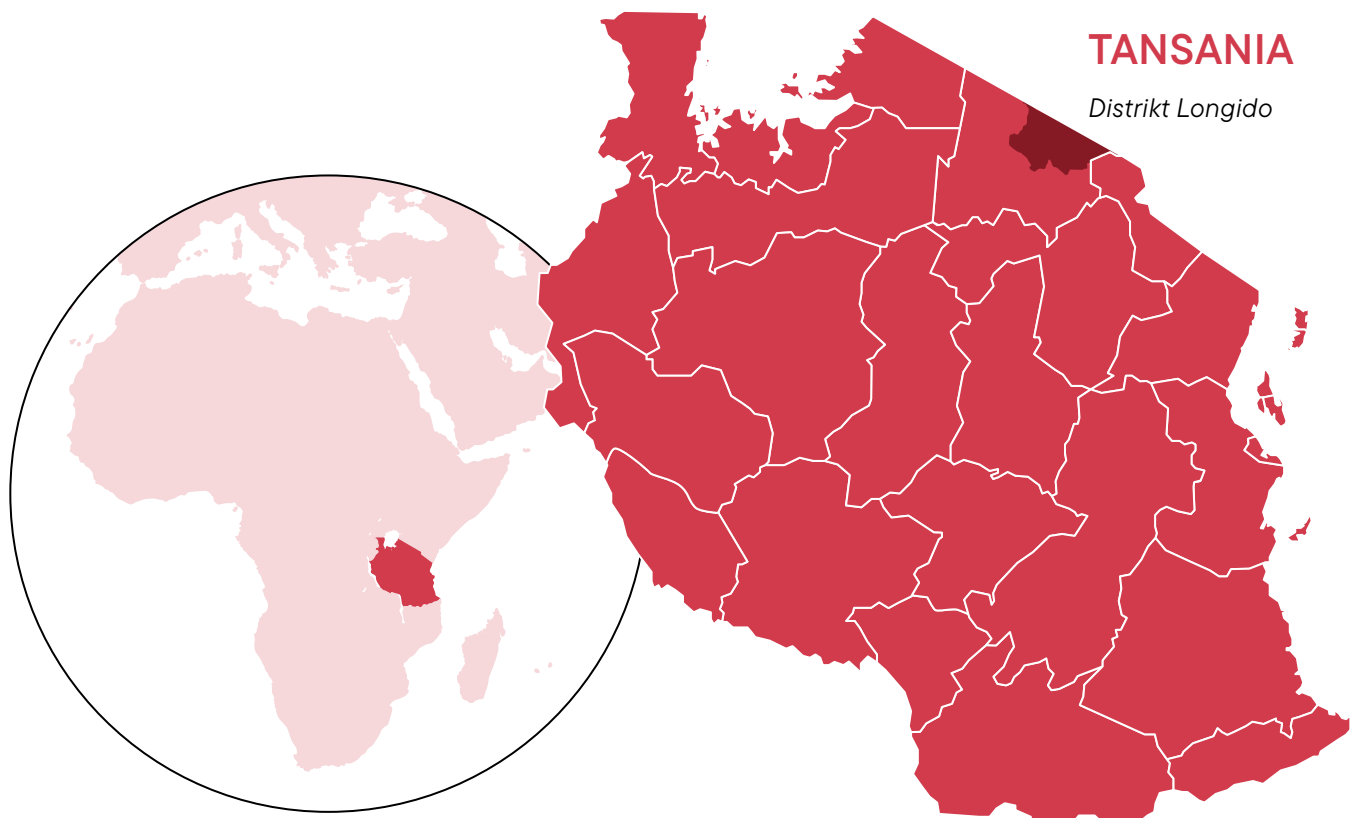
Dafür müssen die nomadischen Hirtinnen und Hirten ihr Vieh häufiger auf neue Grasflächen treiben. Statt drei Monate auf derselben Weide zu grasen, sollen die Rinder nun alle zwei Wochen auf eine neue Weide getrieben werden.

„PLAN FÜR SCHNELLE WEIDEWECHSEL“

Der „Plan für schnelle Weidewechsel“ zielt darauf ab, die Speicherung von Kohlenstoff in den Gräsern zu maximie-

ren. Die Massai sind es gewohnt, sich mit ihren Herden entsprechend der saisonalen Schwankungen frei über die weitläufigen Weideflächen zu bewegen. Im Rahmen des CO₂-Kompensationsprojekts müssten sie nun einen starren 14-tägigen Weidewechselzyklus einhalten. Die Projektkonzeption sieht vor, ihre Rinder nach einem festen Zeitplan zu gruppieren und umzutreiben, wobei das Weideland in zeitlich definierte Blöcke unterteilt wird, damit der Kohlenstoffgehalt im Boden gemessen und überwacht werden kann.

„Die neuen
Projektvorgaben machen
traditionelle Weidepraktiken
unmöglich, da die Massai
nun die Vorgaben zur
Bindung von Kohlenstoff
erfüllen müssen.“



Dem Projekt liegt unter anderem die Annahme zugrunde, dass schnelle Rotationsweidesysteme es den Massai ermöglichen, die natürlichen Wandermuster ihres Viehs nachzuahmen, wodurch Überweidung reduziert und die Bodengesundheit verbessert werden soll. Zugleich wird erwartet, dass die Gemeinden durch die Einführung nachhaltiger Weidepraktiken die Biodiversität fördern und Einkommen generieren, da der gebundene Kohlenstoff verkauft werden kann, um Maßnahmen zum Naturschutz zu finanzieren. Die Idee ist, ein nachhaltiges Finanzierungsmodell zu schaffen, das die Renaturierung von Flächen unterstützt und hilft, lokale Lebensgrundlagen zu sichern.

Eine zweite Annahme ist, dass Überweidung mehrjährige Gräser zerstört, den Schutz der obersten Bodenschicht schädigt und die Versorgungssicherheit für Viehherden mindert. Degradierete Böden verlieren Kohlenstoff und werden anfälliger für Klimarisiken und Naturkatastrophen. Umgekehrt nimmt durch den Wechsel zwischen Beweidung und Brache die organische Substanz im Boden zu, was die Folgen des Klimawandels mildert und die Widerstandsfähigkeit lokaler Ökosysteme fördert.

JAHRHUNDERTEALTES WISSEN

Kritische Stimmen halten das Konzept der CO₂-Kompensation des Projekts jedoch für in vielerlei Hinsicht mangelhaft. Dem Eindruck nach liegt der Fokus eher auf dem CO₂-Fußabdruck eines europäischen Unternehmens als auf dem Überleben der nomadischen Hirtinnen und Hirten.

Normalerweise bestimmen die Verfügbarkeit von Wasser, der Verlauf der Trockenzeit und die Migration ihres Viehs die Weidewege der Massai. Die Weidemuster und die Mobilität der Massai bilden nicht nur eine zentrale Säule ihrer traditionellen Kultur, sondern tragen auch nachhaltig und positiv zum Erhalt und zur Widerstandsfähigkeit trockener Weidegebiete bei.

Die Massai kennen die Täler, in denen sich während der Trockenzeit Wasser sammelt, ebenso wie die Korridore, denen sie bei Regen folgen müssen, und sie wissen, in welchen Monaten sie weiterziehen oder an einem Ort verbleiben sollten. Dieses Wissen geben sie von Generation zu Generation weiter. Und genau diese Gewohnheiten sind es, die die Weidegebiete des ostafrikanischen Grabenbruchs ökologisch wertvoll machen.

Die neuen Projektvorgaben machen solche traditionellen Weidepraktiken unmöglich, da die Massai nun die Vorgaben zur Bindung von Kohlenstoff erfüllen müssen. Es gibt ernsthafte Bedenken: Die Indigene Bevölkerung könnte die Kontrolle über ihre traditionellen Weidegebiete verlieren und damit auch die Möglichkeit, ihre jahrhundertealten

„Kritische Stimmen halten das Konzept der CO₂-Kompensation des Projekts für in vielerlei Hinsicht mangelhaft.“

Praktiken fortzuführen. Sie befürchten insbesondere auch, den Zugang zu ihrem Heiligen Land für Rituale sowie zu den für sie unverzichtbaren Heilpflanzen zu verlieren.

RECHTSWIDRIGE VORGEHENSWEISEN?

„Unser Leben ist untrennbar mit der Natur verbunden. Weil wir über tief verwurzeltes Wissen verfügen, verstehen wir besser als jeder andere, wie wir alles um uns herum für künftige Generationen schützen können“, sagt Daudi Lembile, ein Massai aus dem Dorf Ngasavela nahe der kenianischen Grenze. Die Praxis der Weidehaltung nach dem Blockrotationssystem berücksichtige nicht die saisonalen Schwankungen, die maßgeblich dafür sind, dass die Herden Zugang zu salzreichen Tälern und nährstoffreichen Pflanzen haben, an die sie nur zu bestimmten Zeiten im Jahr kommen. Olenj'yo Loketo, ein weiterer Massai aus demselben Dorf, geht noch einen Schritt weiter: „Wenn ihr uns von unseren heiligen Orten und Ritualstätten vertreibt, ist es so, als würdet ihr uns töten.“

Das CO₂-Kompensationsprogramm umfasst beinahe 970.000 Hektar Weideland, das über Verträge mit einer Laufzeit von bis zu 40 Jahren gebunden werden soll. Der Massai-Anwalt Edward Porokwa glaubt, dass das Blockrotationssystem vor allem darauf abzielt, sie aus Gebieten zu vertreiben, in denen sie seit Jahrhunderten leben. Auch Joseph Oleshangay, ebenfalls Massai-Anwalt und Menschenrechtsaktivist, hat wiederholt in verschiedenen Foren argumentiert, dass Projekte, die ohne Zustimmung der Betroffenen in deren Landnutzung eingreifen, rechtswidrig sind.

Eine Untersuchung der Nichtregierungsorganisation „Maasai International Solidarity Alliance“ (MISA) von 2025 hat Mängel im Projektmanagement aufgedeckt. Dazu gehören fragwürdige Vorauszahlungen an Dörfer sowie allgemein mangelnde Transparenz, etwa bei Vertragsabschlüssen. Den Erkenntnissen der NGO zufolge erhielten manche Gemeinden Verträge in einer für sie fremden Sprache, ohne rechtlich beraten worden zu sein und ohne sich sinnvoll am Prozess beteiligen zu können. Sie beanstandet, dass

das Projekt überstürzt durchgesetzt worden sei, um sich Zustimmungen per Unterschrift zu sichern, ohne dass die lokale Bevölkerung – der grundlegende Kenntnisse über Kohlenstoffmärkte, Vertragsbedingungen und deren Folgen fehlen – informiert zugestimmt habe.

Laut MISA wird allen Dörfern ein sogenanntes „Engagement“- oder „Mitgiftgeld“ von zwei Dollar pro Hektar angeboten. Greenpeace verweist darauf, dass Emissionszertifikate für dieselben Flächen auf den globalen Märkten bis zum Zehnfachen dieses Betrags einbringen können. Die Organisation betont zudem, dass die tansanischen Vorschriften zum Emissionshandel von 2022 für Wälder konzipiert wurden und nicht für Weideland. Somit bewegen sich Projekte, die auf Kohlenstoffbindung im Boden abzielen, in einer Grauzone.

KULTURELLER VERFALL

„Soils for the Future Tanzania“ weist jedoch alle Vorwürfe zurück. Die Organisation sagt, die Beratungssitzungen würden in den Dörfern auf Swahili und in der Massai-Sprache Maa abgehalten, und kein Vertrag werde unterzeichnet, ehe die Gemeinden den Bedingungen zugestimmt hätten.

Bezüglich der traditionellen Weidewege erklärt „Soils for Future Tanzania“, dass die Rotationsblöcke auf traditionellen Migrationsmustern basieren und mit der Weidesaison im Einklang stehen. Zudem müssten die Gemeinden im Rahmen des Projekts ihre Landrechte behalten und das Land weiterhin mit ihrem Vieh bewirtschaften. Außerdem sind der zivilgesellschaftlichen Organisation zufolge die meisten lokalen Projektmitarbeitenden selbst Massai aus den umliegenden Dörfern.



LAWRENCE KILIMWIKO

ist ein Journalist in Daressalam, Tansania.

lkilimwiko@yahoo.com



Folgen Sie uns auf LinkedIn!

Wir kommentieren auf LinkedIn
das aktuelle Geschehen und
weisen auf wichtige neue
Inhalte unserer Website
www.dandc.eu hin.



A group of women in a refugee camp, carrying water on their heads, walking across a dusty area. The women are wearing colorful traditional dresses in shades of purple, green, yellow, and orange. They are walking in a line across a dry, dusty landscape under a clear blue sky. In the background, there are some simple structures and a small blue sign.

Es sind vor allem Frauen, die für ihre Familien den Alltag im Geflüchteten-camp Aboutengue bewältigen.

FRAUEN IN KONFLIKTEN

Frauenalltag im Geflüchteten-camp: Übergriffe, Mangel, Schlängestehen

Frauen und Mädchen aus Darfur finden in Osttschad zwar Schutz vor dem Krieg in Sudan, aber kaum Sicherheit. Sie sind es, die die Hauptlast des Überlebens in den Geflüchteten-camps tragen. E+Z-Redakteurin Katharina Wilhelm Otieno sprach im Januar auf der tschadischen Seite der Grenze mit geflüchteten Frauen. Ihre Geschichten zeugen von kaum vorstellbarem Leid ebenso wie von ungebrochener Kraft.

VON KATHARINA WILHELM OTIENO

Acht Tage war Hawayaya Souleyman im September 2023 mit ihrem Mann und ihren sechs Kindern auf der Flucht, wie sie erzählt. Ihr Heimatdorf im sudanesischen Bundesstaat Gharb Darfur liegt 30 Kilometer von der tschadischen Grenzstadt Adré entfernt. Die Familie floh zu Fuß. Drei ihrer Kinder überlebten diese Woche nicht, sie fielen einer Bombe zum Opfer.

Seit drei Jahren lebt Souleyman nun mit ihrem Mann und den überlebenden Kindern in Aboutengue, einem der größten Geflüchteten Camps in der tschadischen Grenzregion Wadai. Hier lebten Ende Januar 43.200 Menschen. Sie fühle sich hier einigermaßen sicher, nur das Feuerholzsuchen in den umliegenden Büschen sei gefährlich, sagt die 33-Jährige. Immer wieder käme es zu Übergriffen, sodass Frauen nur in Gruppen losgehen. Auch sie habe schon einmal vor Männern fliehen müssen, die sich ihrer Gruppe näherten.

Während ihrer Flucht aus Darfur, berichtet Souleyman, hätten Kämpfer der RSF-Miliz in Sudan immer wieder Mädchen und Frauen aus der Gruppe entführt, in der sie mit ihrer Familie unterwegs war. Manche kamen zurück, andere nicht. Souleyman blieb verschont.

Um sich nicht erneut solchen Gefahren aussetzen zu müssen, wäre es besser, Frauen müssten gar kein Feuerholz mehr sammeln gehen, sondern bekämen es von den Hilfsorganisationen im Camp bereitgestellt, sagt Souleyman. Doch die Versorgung sei grundsätzlich mangelhaft und käme oft zu spät, berichtet sie. Tatsächlich fehlt es vor Ort an den grundlegenden Dingen: Wasser, Medikamente, Essen und Bargeld.

Somit verbringt Souleyman ihre Tage damit, Dinge zu suchen. Die erste Tageshälfte vergeht meistens damit, an Brunnen für Wasser Schlange zu stehen. Oft wird es 13 Uhr, bis sie nach Hause kommt, manchmal ohne Wasser, wenn es nicht für alle reicht. Am Nachmittag geht sie oft in den

Wald und sucht Feuerholz, oder sie läuft durch das Camp zu verschiedenen Orten, von denen sie gehört hat, dass dort Hilfsorganisationen gerade Seife, Nahrung oder Bargeld verteilen.

Souleymans drei verbliebene Kinder besuchen manchmal die Campschule, aber längst nicht regelmäßig. Ihr Mann hat keine Arbeit, hilft aber auch nicht im Haushalt. Souleyman ist wie fast alle im Camp eine Zaghawa. Die Zaghawa sind eine ethnische Gruppe, die hauptsächlich von der Viehzucht lebt und patriarchal geprägt ist. Es sind vor allem die Zaghawa und Massalit, die der RSF-Miliz in der Region Darfur zum Opfer fallen. Amnesty International und andere Menschenrechtsorganisationen sprechen von ethnischen Säuberungen, die UN warnt vor einem Genozid.



Hawayaya Souleyman.

„Fünf oder sechs Vergewaltigungsfälle werden laut Toloun im Schnitt pro Woche in der IRC-Frauenstation gemeldet.“

Souleyman hofft, entweder irgendwann in ihre Heimat in Sudan zurückzukehren – oder aber wenigstens in Tschad Arbeit zu finden, etwa ein Feld, das sie bestellen kann.

GEFAHRENSITUATION FEUERHOLZSAMMELN

Einige Zelte weiter lebt Manaïl Youssouf. Die 25-Jährige kommt aus demselben Dorf wie Souleyman und floh bereits wenige Monate vor ihr. Youssoufs Mann lebt nicht im Camp in Aboutengue. Er ging schon vor einer Weile mit anderen Männern in den Norden Tschads, um in den Goldminen zu arbeiten, in der Hoffnung, seine Familie so ernähren zu können. Die Kinder der Familie Youssouf sind fünf und zwei Jahre alt. Das jüngere, im Lager geboren, ist unterernährt und wird ambulant in einer der Campkliniken behandelt.

Die Versorgung der im Camp verbliebenen Familie fällt nun auf die 25-Jährige zurück. Manaïl Youssoufs Bruder und ihre Mutter leben ebenfalls in Aboutengue. Beide sind nach einem Bombenangriff auf ihr Haus in Sudan teilweise gelähmt und haben, so beschreibt es Youssouf, „ihr Gedächtnis verloren“. Sie sind im Camp in psychologischer Betreuung.

Youssouf selbst bekam auf ihrer Flucht eine Kugel ins Bein, die Narbe wird sichtbar bleiben. Mit der Ankunft im Camp, berichtet sie, habe keineswegs ein sicheres Leben begonnen. So sei sie beim Feuerholzsammeln von zwei Männern gejagt worden, konnte aber entkommen.

Das Feuerholz verkauft Youssouf weiter. Es ist ihre einzige Einkommensquelle. Das Leben im Lager sei teuer, sagt sie. Immer wieder kämen Fremde in die Zelte, Diebstahl sei allgegenwärtig. Das Geld, das die Familien Ende des Monats erhielten, reiche bei Weitem nicht aus. Zum Zeitpunkt des Gesprächs im Januar waren das rund 85 Dollar pro Haushalt. Je nach Finanzierungssituation erhalten die Familien dieses Geld auch nur alle zwei Monate.

Youssoufs größter Wunsch ist es, eines Tages weiterstudieren zu können. Vor Kriegsausbruch hatte sie ein Jurastudium begonnen. Bis es so weit ist, hofft sie, in Tschad Arbeit zu finden, um ihre Familie ernähren zu können.

SEXUELLE GEWALT NACH WIE VOR GRÖSSTES RISIKO

Ndjepa Dinga Toloun arbeitet als Hebamme in Aboutengue. Die Schwangerschaftsraten im Camp sind hoch, auch wenn Hilfsorganisationen wie das International Rescue Committee (IRC), bei dem sie angestellt ist, Verhütungsberatung anbieten. „Allerdings begleitet nur jeder zweite Mann seine Frau hierher, und das ist ein Problem“, sagt Toloun.

Unter den Zeltplanen der provisorischen Frauenstation in Aboutengue ist es kochend heiß. Die Betten stehen auf



„Youssoufs größter Wunsch ist es, eines Tages weiterstudieren zu können.“

Sand, und Fliegen schwirren umher. Raick Bell, der in Aboutengue als leitender Arzt für das IRC arbeitet, bezeichnet die fehlende medizinische Infrastruktur als eines der größten Probleme für Frauen und Mädchen in Ostschad – vor allem seit der massiven Budgetkürzungen der westlichen Geberländer fehlen Medikamente, Betten, Hebammen, Kreißsäle.

„Die Überlebenden
begriffen es nun teilweise
als ihre Aufgabe, den
Verlust an Menschen
durch neue Nachkommen
zu decken.“

Das größte Risiko für Frauen und Mädchen in den Geflüchtetencamps aber, da sind sich Bell und Toloun einig, ist sexuelle Gewalt. Fünf oder sechs Vergewaltigungsfälle werden laut Toloun im Schnitt pro Woche in der IRC-Frauenstation gemeldet. Auch sie sagt, dass Frauen vor allem beim Feuerholzsammeln immer wieder in gefährliche Situationen geraten.

Aber auch im Camp vergewaltigen immer wieder Männer die geflüchteten Frauen. Zara Fadoul Moussa hat ihre 16-jährige Schwester zur Station gebracht. Der Täter war ein Zeltnachbar, 18 oder 19 Jahre alt. Die 31-Jährige und ihre kleine Schwester kannten ihn. Sie ist nun schwanger. In solchen Fällen bietet das IRC auch psychologische Betreuung an. Zara Fadoul Moussa sagt, es sei eben Schicksal gewesen.

RACHE DURCH SÖHNE

Erst gestern, berichtet Denise Remadji Madjimbaye, habe sie geholfen, ein Kind zur Welt zu bringen, dessen Mutter von einem Soldaten in Sudan vergewaltigt wurde. Madjimbaye leitet die Frauen- und Entbindungsstationen des IRC in Aboutengue und in der Kleinstadt Farchana, wo sich ebenfalls Geflüchtetencamps befinden.

Die hohen Geburtenraten in den Camps in Tschad ließen sich allerdings nicht nur auf Vergewaltigungen zurückführen, sagt sie: „Es fehlt an Personal für Aufklärung zu vernünftiger Familienplanung.“ Außerdem hätten viele Fami-

lien viele Mitglieder verloren. Die Überlebenden begriffen es nun teilweise als ihre Aufgabe, den Verlust an Menschen durch neue Nachkommen zu decken, um so langfristig wieder mehr Arbeitskräfte und Unterstützung in den Haushalten zu haben.

Campmitarbeitende berichteten zudem, dass viele auf neugeborene Söhne hoffen – damit die sich eines Tages für das Unrecht, das den Zaghawa angetan wurde, rächen können.

Hawayaya Souleyman ist wieder schwanger, im zweiten Monat. Sie habe eigentlich kein Kind mehr gewollt, solange sie die verbliebenen drei nicht richtig versorgen kann, sagt sie. Es sei die Entscheidung ihres Mannes gewesen. Immerhin habe er zugestimmt, sich nach diesem Kind auf dauerhafte Verhütung einzulassen.



KATHARINA WILHELM OTIENO

ist Redakteurin bei E+Z und arbeitet zeitweise in Nairobi.

euz.editor@dandc.eu



Nicht nur Nigeria hat den Kampf gegen Sichelzellenanämie aufgenommen: Aufklärungskampagne in Uganda 2022.

Foto: picture alliance / Xinhua News Agency / Nicholas Kajoba

GESUNDHEIT

Die hohen Kosten der Sichelzellenanämie

Nigeria ist weltweit das Land mit den meisten von Sichelzellenanämie Betroffenen. Unzuverlässige Tests und mangelndes Bewusstsein für die Krankheit gefährden Menschenleben nach wie vor.

VON MUNYAL MANUNYI

Sichelzellenanämie ist eine erbliche Blutkrankheit, bei der rote Blutkörperchen eine abnorme, sichelförmige Gestalt annehmen können, was ihre Beweglichkeit einschränkt. Menschen mit dieser Krankheit haben zwei Varianten des Hämoglobin-Gens geerbt, von jedem Elternteil eine. Hämoglobin ist das Protein in den roten Blutkörperchen, das Sauerstoff transportiert. Die Symptome treten ab einem Alter von sechs Monaten auf und zeigen sich beispielsweise in Form von schmerzhaften Anfällen, Anämie, Schlaganfall, Nierenversagen oder kognitiven Beeinträchtigungen. Sichelzellenanämie ist lebensgefährlich.

Die Krankheit ist eine der häufigsten Erbkrankheiten weltweit. Man kann Träger*in der Sichelzellenanämie sein, ohne Symptome zu entwickeln. Mit Genotyp-Tests lässt sich ermitteln, ob eine Person ein bestimmtes Merkmal geerbt hat: AA gilt als nicht betroffen, AS bedeutet, eine Person trägt das Sichelzellenmerkmal zwar, entwickelt aber normalerweise keine Symptome, und SS oder SC sind Formen der Sichelzellenanämie.

Diese Differenzierung ist wichtig für die Familienplanung und die medizinische Versorgung. In vielen Ländern, besonders im Globalen Norden, werden bereits Neugeborene darauf untersucht. In Subsahara-Afrika aber, wo die Krankheit am weitesten verbreitet ist, werden nach wie vor Vorsorgeuntersuchungen nur lückenhaft gemacht. Medizinischen Expert*innen zufolge stirbt mehr als die Hälfte aller Kinder, die in Afrika mit der Sichelzellenkrankheit geboren werden, vor ihrem fünften Geburtstag – allerdings fehlen vielerorts genaue Daten. In Ländern mit hohem Einkommen ist die Lebenserwartung höher. Studien zufolge liegt sie etwa in den USA durchschnittlich bei bis zu 52,6 Jahren.

Es gibt keine Therapie, die die Ursache der Sichelzellenkrankheit – den Defekt im Hämoglobin-Gen – beheben kann. Im Wesentlichen besteht die Behandlung in einer Grundversorgung, über die versucht wird, die verschiedenen mit der Erkrankung einhergehenden Gesundheitsprobleme zu verhindern beziehungsweise zu therapieren.

WELTWEIT HÖCHSTE BELASTUNG IN NIGERIA

Am weltweit häufigsten kommt die Sichelzellenanämie in Nigeria vor. Nach Angaben der Sickle Cell Foundation Nigeria (SCFN) trägt etwa ein Viertel der Bevölkerung das Sichelzellgen (AS). WellaHealth, Nigerias größtes Apothekennetzwerk im Gesundheitswesen, schätzt, dass 4 bis 6 Millionen Menschen im Land mit der Sichelzellenanämie (SS oder SC) leben. Laut SCFN werden jedes Jahr etwa 100.000 bis 150.000 Babys mit der Erkrankung geboren.

Trotz dieser Zahlen berichten gerade in Nigeria Patient*innen und Interessenvertretungen, dass noch immer viele

Labore widersprüchliche Ergebnisse liefern – und dass es an Bewusstsein dafür mangelt, wie wichtig es ist, sich testen zu lassen. Fachleute warnen, dass schlechte Regulierung, mangelhafte Qualitätskontrollen und der Einsatz von unqualifiziertem Personal eine Gesundheitskrise verschärfen, die eigentlich vermeidbar wäre.

VERSCHIEDENE KLINIKEN, VERSCHIEDENE ERGEBNISSE

Benita Zacks (Name geändert) hätte nie gedacht, dass ein einfacher Laborfehler das Schicksal ihrer Familie bestimmen würde. Die 44-Jährige kann noch immer kaum glauben, dass ihre dreijährige Tochter an Sichelzellenanämie leidet. Zacks hatte sich vor ihrer Hochzeit testen lassen, und ihr Ergebnis lautete AA, das ihres Verlobten hingegen AS. In der Überzeugung, alles sei in Ordnung, heirateten sie und gründeten eine Familie. Schließlich hätte diese Genkombination nicht zu dem für die Erkrankung erforderlichen Genotyp führen können.

„Die Sichelzellenanämie in Nigeria ist nach wie vor eine große Bürde, da vielen jungen Menschen der eigene Genotyp nicht bekannt ist.“

Zehn Jahre später erwachte ihre Tochter nachts weinend vor Schmerzen; ihre Gelenke waren geschwollen. Untersuchungen ergaben, dass sie Genotyp SS hat. Das Paar ließ an verschiedenen Zentren weitere Genotyp-Tests durchführen. So stellten sie fest, dass Zacks in Wirklichkeit Genotyp AS hat und somit Trägerin des Sichelzellenmerkmals ist.

Zacks ließ auch ihre Tochter nochmals testen. Ein Test in diesem Jahr ergab, dass das Mädchen Genotyp AA habe; zwei Monate später hieß es in einem anderen Krankenhaus erneut, sie habe SS. Widersprüchliche Ergebnisse – den Preis dafür zahlt Zacks Tochter. Als eine der Klinikleitungen darauf angesprochen wurde, wies sie jede Verantwortung für den Fehler von sich.

Zacks hält die Kliniken für verantwortlich. Zugleich hätte sie erwartet, dass auch ihre Kirche darauf aufmerksam macht, wie wichtig Genotyp-Tests sind. Sie sagt: „Ich habe den Test

gemacht, aber die Kirche hat ihn mir nie nahegelegt. Sie interessierte allein die Schwangerschaft. Aber das eigentliche Problem ist die Krankheit.“

EIN SYSTEM, DAS THEORETISCH FUNKTIONIERT, ABER PRAKTISCH VERSAGT

Ihre Situation ist in Nigeria kein Einzelfall. In einer Studie der Universität Ibadan gab mehr als die Hälfte der Befragten an, bei der Genotypisierung falsche Ergebnisse erhalten zu haben. Rund drei von vier dieser Fehler wurden in privaten Einrichtungen gemacht.

„Die Erkrankten kämpfen neben den Schmerzen auch mit hohen Kosten.“

Abdulsalam Yakubu, Landessekretär der Association of Medical Laboratory Science in Nigeria (AMLSN), betont jedoch, die Laborpraxis in Nigeria sei streng reguliert und werde vom Medical Laboratory Science Council of Nigeria (MLSCN) lizenziert. Wie er sagt, wird von den Laboren erwartet, sich an strenge Qualitätsmanagementsysteme und Verfahren zu halten. „Sollte sich zeigen, dass sie gegen die Auflagen verstoßen, darf der Council Sanktionen gegen ihre Einrichtung oder sie persönlich verhängen.“

Allerdings räumt Yakubu ein, dass diese Standards oft missachtet würden, besonders in Privateinrichtungen. „Viele sind auf schnellen Gewinn aus. Statt für die Testungen ausgebildete Fachleute einzusetzen, entscheiden sie sich bisweilen lieber für technisches Personal, das weder ausgebildet noch zertifiziert ist“, sagt er.

FEHLINFORMATIONEN UND MANGELHAFTE STANDARDS

Personalmangel sei ein besonderes Problem in staatlichen Krankenhäusern und Gesundheitszentren, sagt Yakubu. „Daher arbeitet in einigen Kliniken Personal, das für diese Aufgaben nicht vom Council autorisiert ist.“ Ihm zufolge schließt der Council regelmäßig nichtkonforme Labore. Es bleibe aber schwierig, die Vorschriften in einem so großen Land mit begrenzten personellen Ressourcen durchzusetzen.

Laut der Sick Cell Advocacy and Management Initiative (SAMI), einer in Lagos ansässigen Wohltätigkeitsorganisation, sind Fehler in Privatlabors aufgrund mangelhafter technischer Standards weit verbreitet. Besonders fehleranfällig sei der Test, der am häufigsten durchgeführt wird:

die Hämoglobin-Elektrophorese. Alayo Sopekan, Direktor für nichtübertragbare Krankheiten im nigerianischen Gesundheitsministerium, kritisiert jedoch auch die Patient*innen dafür, dass sie sich auf unqualifizierte Privatlabors verlassen und die Ergebnisse nicht nachprüfen. „Als Erstes frage ich immer: Wo haben Sie den Test machen lassen? Öffentliche Krankenhäuser verfügen über qualifiziertes Personal und Zertifizierungssysteme. Dort sind solche Fehler auf ein absolutes Minimum beschränkt.“ Manche fälschten ihre Genotypergebnisse aber auch absichtlich, ergänzt er, um „sie an die der Partnerin oder des Partners anzupassen. Mit den Kindern kommt dann die Wahrheit ans Licht.“

In Nigeria kursieren zudem Mythen, wonach sich Genotypen ändern können. Ibrahim Musa, Facharzt für Hämatologie am Aminu Kano Teaching Hospital, macht dagegen klar: „Man hat nicht AA und dann, ohne jeglichen medizinischen Eingriff, hat man AS. Bei zwei unterschiedlichen Ergebnissen muss eines falsch sein. Hochwertige Tests wie HPLC oder isoelektrische Fokussierung sind präziser.“ Musa weist darauf hin, dass Genotypen medizinisch nur durch eine Knochenmarktransplantation oder Gentherapie änderbar seien.

Für die meisten Nigerianer*innen ist keine dieser Behandlungen auch nur annähernd erschwinglich: Eine Knochenmarktransplantation kostet in Nigeria etwa 50.000 Dollar, die kürzlich in den USA zugelassene Gentherapie rund 3 Millionen Dollar.

ERDRÜCKENDE KOSTEN

Die Erkrankten kämpfen neben den Schmerzen auch mit hohen Kosten. Mit seinen 59 Jahren weiß der Buchhalter Shehu Olaito Mohammed aus Abuja genau, wie teuer es ist, zu überleben. „Es gibt Standardmedikamente – Folsäure, Paludrine, Vitamin C und B-Komplex sowie Hydroharnstoff. Allein diese kosten bis zu 22 Dollar im Monat. In Krisenzeiten vervielfachen sich aber die Kosten“, sagt er. Das durchschnittliche Monatseinkommen in Nigeria liegt bei etwa 100 bis 220 Dollar. Die National Health Insurance Authority (NHIA) stellt Routine-Medikamente zur Vorbeugung von Krankheiten bereit, die das Immunsystem schwächen, wie etwa Malaria. Folsäure und Malariamedikamente helfen auch, den Hämoglobinspiegel im Blut zu erhöhen. Starke Schmerzmittel jedoch, Handschuhe, Einwegartikel und andere Verbrauchsmaterialien müssen aus eigener Tasche gezahlt werden.

In Maraba Loko im Bundesstaat Nasarawa leben der Reifenreparateur John Ishaya und seine Frau Monica mit ihrem Sohn Destiny, der an Sichelzellenanämie leidet. Ishaya sagt, er habe vor der Hochzeit keine Ahnung von Genotyptests gehabt. Seit seinem zweiten Lebensjahr ist Destiny permanent krank, braucht Bluttransfusionen und muss oft monatelang in die Klinik. „Wir haben etwa 1000 Dollar aus-

gegeben. Ich musste mein Land verkaufen“, sagt Ishaya. Mit einem Monatseinkommen von etwa 14 Dollar ist die Familie auf Spenden angewiesen. „Wenn wir die Zeit zurückdrehen könnten“, sagt Ishaya, „hätte es diese Ehe nicht gegeben. Das Leid ist zu groß.“

„SIE SEHEN UNS NUR ALS HALBE MENSCHEN“

Eine zusätzliche Belastung ist, dass es in ganz Nigeria soziale Diskriminierung gibt. Menschen werden wegen einer Erkrankung stigmatisiert, die sie nicht beeinflussen können; viele werden in der Schule, bei der Arbeit und sogar in der eigenen Familie ausgegrenzt.

„Statt medizinische Hilfe zu erhalten, musste sich Shamsiya spirituellen Ritualen unterziehen.“

Das Leid der in Abuja lebenden 27-jährigen Shamsiya, Beamtin und Mutter eines Kindes, begann früh. Weil sie als Kind oft krank war, bezeichneten Verwandte sie als „Dschinn“ – als bösen Geist – und behandelten sie entsprechend. „Die Leute rieten meiner Mutter, mich zum Fluss zu bringen“, erzählt sie. „Sie sagten, wenn ich wirklich besessen wäre, würde ich in den Fluss steigen und nie wieder zurückkehren.“

Statt medizinische Hilfe zu erhalten, musste sie sich spirituellen Ritualen unterziehen: Man blies ihr Rauch in die Nase, rieb Substanzen auf ihren Körper, sie suchte spirituelle Lehrer*innen und Kräuterkundige auf. Selbst als es ihr immer schlechter ging, wurde sie zweimal fälschlicherweise als Genotyp AA getestet.

Erst nachdem ihre Familie nach Abuja gezogen war, wurde bei ihr korrekt der SC-Genotyp diagnostiziert. Doch die Stigmatisierung endete nicht mit der Diagnose. In der Nachbarschaft und bei der Arbeit wurde Shamsiya wegen ihrer Erkrankung ausgegrenzt. „Das belastete mich so sehr, dass ich manchmal nicht zur Arbeit gehen oder unter Menschen sein konnte. Sie sehen uns nur als halbe Menschen, als würden wir nicht genauso funktionieren wie andere Menschen“, sagt sie.

Shamsiya berichtet, dass ihre Arbeitskolleg*innen implizit ihr Können infrage stellen – und dass selbst Patient*innen einander bisweilen gegenseitig stigmatisieren. So würden man-

che Patient*innen mit Genotyp SS andere Patient*innen mit Genotyp SC abtun als „keine echten Sichelzellenkranken“.

NIGERIAS BEMÜHUNGEN ZUR BEKÄMPFUNG DER SICHELZELLKRANKHEIT

Nigerias Kampf gegen die Sichelzellenanämie wird von der 1989 gegründeten Abteilung für nichtübertragbare Krankheiten (NCDs) koordiniert, erklärt Alayo Sopekan von der NCD Control Division. Nachdem eine nationale Erhebung 1990 ergeben hatte, dass rund 25 % der Nigerianer*innen das Sichelzellen-Gen in sich tragen, richtete die Regierung eine eigene Abteilung dafür ein. Sie startete Aufklärungskampagnen gegen Stigmatisierung und Fehlinformation.

Ein wichtiger Durchbruch gelang 2010 mit der Einführung der „Nationalen Leitlinien zur Prävention, Bekämpfung und Behandlung der Sichelzellenanämie“ – Nigerias erstem umfassenden Rahmenwerk. Landesweit wurden sechs Kompetenzzentren eingerichtet, um eine frühzeitige Diagnose bei Neugeborenen und ihre umgehende Versorgung zu ermöglichen – einschließlich Routineimpfungen etwa gegen Polio, prophylaktischer Medikation und Screening von Schlaganfallrisiken. Zudem wurden Schulungshandbücher erstellt, um Mitarbeitende der primären Gesundheitsversorgung bei der Durchführung von Neugeborenen Screenings zu unterstützen, vor allem in ländlichen Gebieten.

Später wurde die Sichelzellenanämie in die umfassendere nationale Strategie zur Bekämpfung nichtübertragbarer Krankheiten integriert. Dazu gehören Prävention, Behandlung, die Schulung von Personal und Langzeitpflege. Laut Sopekan hat sich die Regierung jedoch einer gesetzlichen Verpflichtung zur Genotypisierung widersetzt – aus Sorge, dies könnte zu Diskriminierung führen.

Derweil wurde vergangenen August verkündet, dass ein Gesetzentwurf zur Einrichtung eines nationalen Sichelzellenzentrums die zweite Lesung passiert habe. Im Oktober berichteten nigerianische Medien, dass der Senat plane, landesweite Forschungs- und Behandlungszentren für Sichelzellenanämie einzurichten. Kostenpunkt: rund 3,5 Millionen Dollar. Neben diesen Initiativen des Gesetzgebers gibt es Forschungsbemühungen seitens der Universität Abuja und internationaler Partner.

NACH WIE VOR ZU WENIG BEWUSSTSEIN

Die Sichelzellenanämie in Nigeria ist nach wie vor eine große Bürde, da vielen jungen Menschen der eigene Genotyp nicht bekannt ist, wie Ayoola Olufemi erklärt. Er ist Direktor für Gesundheit und Soziales bei der National Orientation Agency – der Behörde, die dafür zuständig ist, Regierungspolitik zu kommunizieren. „Unsere Bevölkerung besteht zu 40 bis 50 % aus jungen Menschen. Daher ist es wichtig,

dass sie über die Sichelzellenanämie Bescheid wissen, damit sie fundierte Entscheidungen treffen können, wenn sie heiraten möchten“, sagt er.

Wie Olufemi betont, nutzt die Regierung Radio- und Fernsehspots, Informations- und Aufklärungsmaterialien, Social Media sowie Initiativen zur Sensibilisierung der Bevölkerung, um das Bewusstsein für die Genotypen zu fördern. Außerdem verbreiteten viele Teilnehmende dieses Wissen in ihren Gemeinschaften.

Heutzutage bieten besonders die sozialen Medien wichtige Plattformen dafür. Ehe sie im Juni 2025 starb, nahm Edhughoro Ejiroghene Onome – bekannt als Ejiro – ihre Erkrankung als Motivation, sich zu engagieren. Als Journalistin und Aktivistin im Kampf gegen die Sichelzellenanämie veröffentlichte sie unbearbeitete Videos, in denen sie ihre Leiden zeigte.

Ihr Tod, wie auch der von Joy Mari Wujat, einer Anwältin und Mutter, die 27-jährig in derselben Woche verstarb, entfachte die öffentliche Empörung über die schlechte Versorgung von Menschen mit Sichelzellenanämie in Nigeria neu. Auch Joy hatte ihre Probleme online geteilt.

Solange Nigeria seine Gesundheitsvorschriften nicht verschärft, in die Qualitätssicherung von Laboren investiert und voreheliche Genotypisierungstests zur Pflicht macht, werden sich solche vermeidbaren Tragödien weiterhin ereignen.



MUNYAL MANUNYI

ist eine investigative Journalistin in Abuja, Nigeria.

talkmunyal@gmail.com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

67. Jg. 2026

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als

D+C Development and Cooperation.

Website: dandc.eu

ISSN 2366-7249

Diese Digitale Monatsausgabe wurde am 26. August 2026 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

Wer sich an der Debatte beteiligen will, ist dazu herzlich eingeladen.

Die Redaktion bittet, keine Beiträge unverlangt einzusenden, sondern Themenvorschläge zu machen. Wir bearbeiten Manuskripte nach journalistischen Kriterien und lassen die Beitragenden die redigierten Texte vor Veröffentlichung freigeben. Entsprechend bitten wir auch unsere Interviewpartner*innen, den redigierten und gestrafften Wortlaut, den wir veröffentlichen, zu autorisieren.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH

Service für Entwicklungsinitiativen

Friedrich-Ebert-Allee 40

53113 Bonn

Tel.: (02 28) 2 07 17-0; Fax: (02 28) 2 07 17-150

engagement-global.de

BEIRAT:

Prof. Dr. Dr. h.c. Kai Ambos, Selmin Çalışkan, Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge, Prof. Dr. Katharina Michaelowa, Bruno Wenn

VERLAG:

Fazit Communication GmbH

Geschäftsführer: Jonas Grashey, Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Pariser Straße 1, D-60486 Frankfurt am Main

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:

Eva-Maria Verfürth (EMV, Chefredakteurin, inhaltlich verantwortlich),

Dr. Katharina Wilhelm Otieno (KO, Redakteurin), Jörg Döbereiner

(JD, CvD), Maren van Treel (MVT, Social-Media-Redakteurin),

Dagmar Wolf (DW, Assistentin)

Freiberufliche Mitarbeit: Leon Kirschgens (LKI, Kolumne Heutzutage), Roli Mahajan, Lucknow (RM), Alba Nakuwa, Juja (AN), Ronald Sseguija Ssekandi, Kampala (RSS), Eleonore von Bothmer (Übersetzung)

Tel. (0 69) 75 91-31 10

euz.editor@dandc.eu

Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die FAZIT-Stiftung.

DESIGN:

Anabell Krebs, Fridolin Kandel

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Websites zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

Die in E+Z-Veröffentlichungen verwendeten Bezeichnungen und Karten bedeuten keine Meinungsäußerung von E+Z hinsichtlich des rechtlichen Status von Ländern, Gebieten oder Regionen, von Grenzziehungen oder behördlichen Zuständigkeiten.

MEDIEN

Unabhängiger Journalismus in Zeiten von Big Tech und KI

*Nutzer*innen weltweit beziehen ihre Nachrichten immer häufiger über die Plattformen einiger weniger großer Tech-Konzerne. Wie kann Journalismus von Big-Tech-Infrastruktur unabhängiger werden?*

VON LUCIA DEON

Auf der ganzen Welt nutzen Menschen immer weniger traditionelle journalistische Angebote, um sich zu informieren. Wie der Reuters Digital News Report 2026 berichtet, sind Social Media und Videoplattformen als Nachrichtenquellen im Schnitt erstmals populärer als die Websites und Apps von nachrichtlich arbeitenden Medien. Immer mehr Nutzer*innen experimentierten zudem mit KI-Chatbots. Zugleich gebe es weiterhin Unterstützung für journalistische Prinzipien wie Unparteilichkeit.

In den Diskussionen um unabhängigen Journalismus spielt „Big Tech“ eine zentrale Rolle – jene Handvoll Technologieunternehmen, die die Social-Media-Plattformen und Suchmaschinen betreiben, über die Informationen heute überwiegend bezogen werden. Sie verfügen sowohl über Cloud-Speicher und Rechenleistung als auch über Kapazitäten zur Datenanalyse und reichweitenstarke Verbreitungskanäle und damit über wesentliche Voraussetzungen für die Erstellung und Veröffentlichung digitaler nachrichtlicher Inhalte.

Journalist*innen weltweit treibt die Frage um, wie sie ihre Abhängigkeit von Big Tech verringern können. Eine Antwort darauf möchte die Journalism Cloud Alliance (JCA) geben. Sie hat das Ziel, eine übergreifende technische Infrastruktur für verschiedene journalistische Redaktionen bereitzustellen. Diese soll die Cybersicherheit von Journalist*innen verbessern und günstiger machen sowie eine größere Verhand-

lungsmacht gegenüber Big Tech ermöglichen. Die JCA wurde 2024 gestartet und steht unter der Schirmherrschaft des Global Forum for Media Development (GFMD) und des Organized Crime and Corruption Reporting Project (OCCRP).

Auf nationaler Ebene existieren Beispiele von Zusammenschlüssen mehrerer kleinerer Redaktionen, etwa unter dem Dach der Danish Press Publications Collective Management Organization (DPCMO) in Dänemark und von Country Press Australia (CPA) in Australien. Diese Strategie konnte bereits die Position kleinerer Medien in Verhandlungen mit Google und Facebook über eine faire Vergütung für Nachrichteninhalte auf deren Plattformen und Suchmaschinen stärken.

UNTERSCHIEDLICHE KONTEXTE FÜR JOURNALISMUS

Zwei der wichtigsten Herausforderungen der alternativen Cloud-Infrastruktur der JCA kamen während einer Diskussionsrunde zu Journalismus und Big Tech im Rahmen des Global Media Forums (GMF) in Bonn im Juni zur Sprache. Das GMF ist eine von der Deutschen Welle jährlich veranstaltete internationale Medienkonferenz.

Erstens dürfte es sich als schwierig erweisen, ein einheitliches System zu schaffen, das den verschiedenen rechtlichen Anforderungen genügt, denen Redaktionen weltweit unterliegen. Die Gesetzgebung zum Datenschutz und das Presserecht unterscheiden sich in verschiedenen Staaten erheblich, selbst innerhalb der Europäischen Union gibt es



Die iranische Journalistin Hannah Kaviani nahm am Global Media Forum 2026 in Bonn teil.

Unterschiede. Journalistische Arbeitsabläufe in Demokratien unterscheiden sich von jenen in Autokratien.

Das zweite Problem besteht in der Monetarisierung. Anfänglich wurde die JCA durch philanthropische Mittel finanziert. Um Dienste und Technologien langfristig anbieten zu können, könnte die JCA auf andere Finanzierungsmodelle zurückgreifen, etwa Mitgliedsbeiträge, nutzungsabhängige Servicegebühren oder öffentliche Mittel. Viele kleine Redaktionen, insbesondere in Ländern, in denen die Presse unterfinanziert ist, haben aber bereits mit finanziellen Engpässen zu kämpfen. Sie sind möglicherweise nicht in der Lage, zu einem Modell beizutragen, das ihnen zusätzliche Kosten verursacht. Zudem könnte es sich als schwierig erweisen, die Öffentlichkeit für eine Teilnahme zu gewinnen, da die Menschen es mittlerweile gewohnt sind, ihre Nachrichten kostenlos oder gegen eine geringe Gebühr zu erhalten.

HERAUSFORDERUNGEN DES JOURNALISMUS

Das Global Media Forum in Bonn stand in diesem Jahr unter dem Motto „Journalism out loud“. Das bezieht sich auf die Forderung, unabhängiger Journalismus müsse lauter werden angesichts einer globalen politischen Lage, die geprägt ist von erstarkendem Nationalismus, Bestrebungen nach mehr staatlicher Kontrolle des digitalen Raums und einer sich vertiefenden Polarisierung der Gesellschaft – auch in westlichen Demokratien.

Vertreter*innen aus Medien, Wissenschaft, Wirtschaft und Politik diskutierten in Bonn Themen wie den Missbrauch von Information, Manipulation und die Rolle von künstlicher Intelligenz (KI). Letztere wird einerseits als Chance für den Journalismus gesehen wegen der neuen Möglichkeiten des Factcheckings. Andererseits gilt sie auch als Be-

drohung, etwa weil es leicht ist, sie zur Verbreitung von Desinformation zu missbrauchen. Angesichts der sich verändernden Machtverhältnisse in der Medienlandschaft wurde hervorgehoben, dass traditionelle Medien und Journalismus weiterhin bedeutsam seien, auch wenn sich die Art und Weise, wie Menschen auf Inhalte zugreifen, verändert hat. Für viele Medienorganisationen bleibt jedoch die zentrale Schwierigkeit bestehen, angesichts des veränderten Nutzerverhaltens ihrer Zielgruppen ein nachhaltiges Geschäftsmodell zu etablieren.

Die Zukunft des Journalismus wird nicht allein bestimmt durch die Art seiner Inhalte oder seine Verbreitungsmechanismen, sondern durch die Entscheidungen derjenigen, die die Infrastruktur kontrollieren, auf der er beruht. Um eine vielfältige Medienlandschaft zu gewährleisten, die auf Pluralismus und Gerechtigkeit basiert, sind strukturelle Veränderungen erforderlich. Journalist*innen haben ein Interesse daran, den Trend der wachsenden Abhängigkeit von Big Tech zu stoppen. Inwiefern ihnen dies gelingt, wird über die Qualität der Medienlandschaft mitbestimmen – in Demokratien wie Autokratien.

QUELLEN

Reuters Institute Digital News Report 2026

Journalism Cloud Alliance

Global Media Forum 2026: gmf-event.com



LUCIA DEON

studiert Kommunikationswissenschaft.

euз.editor@dandc.eu

Bluttest bei einem Kind im Zusammenhang mit dem schweren HIV-Ausbruch in Ratodero, Pakistan, 2019.



Foto: picture alliance/AP Photo / Fareed Khan

KINDERGESUNDHEIT

In Pakistan werden manche Krankenhäuser selbst zum Infektionsrisiko

Unsichere Injektionen und mangelnde Hygiene führen in Pakistan zu neuen HIV-Infektionen. Besonders betroffen sind Kinder. Vermeidbare Versäumnisse erschüttern das Vertrauen in das Gesundheitssystem.

VON AQSA YUNAS

Auf einem kleinen Friedhof in Taunsa, einer Stadt in der pakistanischen Provinz Punjab, kniet die zehnjährige Asma am frischen Grab ihres jüngeren Bruders Mohammed Hamza. Er war neun Jahre alt, als er starb.

In den letzten Wochen seines Lebens wurde das Fieber unerträglich. Seine Mutter erzählt, dass er sie angefleht habe, draußen im Regen schlafen zu dürfen, weil das Fieber sich anfühle, als würde sein Körper „von innen brennen“. Manchmal verkrampften seine Gliedmaßen vor Schmerzen so heftig, dass sie glaubte, er würde in ihren Armen zerbrechen.

Später teilten Mediziner*innen der Familie mit, dass Mohammed Hamza HIV-positiv war. Wenige Monate nach seinem Tod wurde auch Asma positiv getestet. Doch keines der beiden Kinder kam mit dem Virus zur Welt. Die Familie geht davon aus, dass sich beide während einer gewöhnlichen medizinischen Behandlung in einem staatlichen Krankenhaus in Taunsa mit HIV infizierten. Dort wurden in jüngster Zeit immer mehr Kinder positiv getestet, während zugleich der Verdacht auf weitreichende medizinische Versäumnisse wächst.

Nach Schätzungen von UNAIDS leben in Pakistan rund 350.000 Menschen mit HIV, fast 80 % von ihnen wissen jedoch nichts von ihrer Infektion. Gesundheitsexpert*innen warnen inzwischen, dass unsichere medizinische Praktiken immer mehr Familien, die bisher nicht infiziert sind, dem Risiko einer Ansteckung aussetzen. Kontaminierte Spritzen, unsichere Bluttransfusionen, Kliniken ohne strenge Hygienevorschriften, mangelhafte Infektionskontrolle und die wiederholte Verwendung von medizinischer Ausrüstung gehören nach Angaben von Fachleuten des öffentlichen Gesundheitswesens zu den wichtigsten Ursachen.

Pakistan hat bereits einen der größten HIV-Ausbrüche unter Kindern in Südasien überhaupt erlebt. Im Jahr 2019 wurden in Ratodero in der Provinz Sindh mehr als 1300 Menschen positiv auf HIV getestet, die meisten von ihnen Kinder. Untersuchungen führten den Ausbruch ebenfalls auf unsichere Injektionspraktiken und mangelhafte medizinische Aufsicht zurück. Auch heute, Jahre später, bestehen

nach Einschätzung von Gesundheitsexpert*innen viele dieser Probleme weiterhin.

KINDER SIND BESONDERS BETROFFEN

Laut der Gesundheitsexpertin Hamna Aslam aus Punjab, die auf Infektionskrankheiten spezialisiert ist, sind Kinder besonders gefährdet, weil sie für ihren Schutz vollständig auf Erwachsene und das Gesundheitssystem angewiesen sind. „Wenn die Infektionskontrolle versagt, trifft es Kinder zuerst“, erklärt sie. „Vielen Familien ist nicht einmal klar, dass wiederverwendete Spritzen, unsichere Infusionen oder nicht getestetes Blut Kinder Krankheiten wie HIV aussetzen können, mit denen sie dann leben müssen.“



In ärmeren Bevölkerungsgruppen sind viele Menschen auf überfüllte öffentliche Krankenhäuser oder günstige Privatkliniken angewiesen, in denen es häufig an ausreichender Kontrolle fehlt. Familien hinterfragen nur selten, ob eine Spritze tatsächlich neu ist oder das verwendete Blut ordnungsgemäß getestet wurde. Viele vertrauen schlicht auf ein Gesundheitssystem, das sie eigentlich schützen soll.

Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation gehört Pakistan zu den Ländern mit den weltweit höchsten Injektionsraten. Täglich werden Millionen Spritzen verabreicht, viele davon sind medizinisch gar nicht notwendig. Beschäftigte im Gesundheitswesen berichten weiterhin davon, dass Spritzen wiederverwendet werden, obwohl die Regierung wiederholt dagegen vorgegangen ist.

HIV FÜHRT ZU AUSGRENZUNG

Aus Angst vor Stigmatisierung verschweigen Eltern die HIV-Diagnose ihrer Kinder häufig gegenüber Nachbar*innen, auch weil Kinder deshalb oftmals in der Schule schikaniert werden. Auch betroffene Frauen werden verlassen, nachdem sie positiv getestet wurden, obwohl sie selbst nicht wissen, wie sie sich angesteckt haben.

Asmas Mutter sagt, sie lasse ihre Tochter inzwischen nicht mehr draußen spielen, weil die Nachbar*innen über ihre Krankheit redeten. „Sie ist doch nur ein Kind“, sagt sie leise. „Was hat sie falsch gemacht?“

Langsam wächst auch in ländlichen und einkommensschwachen Regionen das Bewusstsein dafür, dass Krankenhäuser Orte sein können, an denen sich gefährliche Krankheitserreger verbreiten. Für Asma und ihre Familie kommen diese Warnungen jedoch zu spät. Ein Kind haben sie bereits begraben. Das andere muss nun mit einem Virus aufwachsen, mit dem es sich nach Überzeugung der Familie angerechnet an dem Ort angesteckt hat, an dem es eigentlich behandelt werden sollte.



AQSA YOUNAS

ist international arbeitende Journalistin und Sozialaktivistin mit Sitz in Pakistan.

aqsayounas666@gmail.com

Abonnieren Sie den E+Z- Newsletter!

Unser 14-tägiger Newsletter bringt Neuigkeiten, Analysen, vernachlässigte Stories und wichtige Termine der globalen entwicklungspolitischen Community direkt in Ihr Postfach. Abonnieren Sie in wenigen Schritten die deutsche Version oder die englische.





Foto: Fabeha Monir

Wie überleben wir die Klimakrise?

Wir leben in einem Katastrophenfilm

Auf allen Kontinenten brennt es. Unser Planet ertrinkt und verdorrt zugleich. Ist der Punkt erreicht, an dem wir alle begreifen, auf welchem Weg sich die Menschheit befindet?

Ein Tag Anfang März in Nairobi. Ein Gewitter zieht auf. Innerhalb einer halben Stunde ist der Himmel nachtschwarz, ich kann nicht mehr bis zum Nachbargebäude sehen. Blitze zucken unaufhörlich, der Donner scheint nicht mehr hinterherzukommen.

Und dann kommt der Regen. Wassermassen stürzen vom Himmel. Nach zehn Minuten läuft das Wasser unter der Haustür herein, tropft von der Decke und drückt sich durch die Fensterscheiben. Nach einer Stunde ist es vorbei. Das Haus hat sich gut geschlagen, nur ein Fenster muss ausgetauscht werden. Die Pflützen lassen sich wegwischen.

Ein Freund zeigt mir Bilder aus einem Viertel in der Nähe des Nairobi River. Während ich zu Hause ausgeharrt habe, verwandelte sich der kleine Nairobi in einen reißenden Fluss, riss Hütten in Ufernähe mit und schloss Menschen in ihren Autos ein. Mindestens 108 Personen starben in dieser Nacht und bei weiteren Überflutungen in den folgenden Tagen. Zwei Jahre zuvor waren es Schätzungen zufolge 294 Tote, als Kenia solche Tage und Nächte knapp drei Wochen lang erlebte.

Wer mittlerweile das Gefühl hat, Berichte über solche Überflutungen ständig aus aller Welt zu lesen, hat recht: Bereits 2022 waren schätzungsweise 1,8 Milliarden Menschen auf der ganzen Welt einem hohen Flutrisiko ausgesetzt.

EINE FLÄCHE SO GROSS WIE SÜDAFRIKA IST VERBRANNT

Ein Tag Mitte August. Ich bin in meiner deutschen Heimat, dem Pfälzer Wald. Gegen Nachmittag wird die Luft immer dicker, es riecht überall verbrannt. Nach einer Weile fährt die Feuerwehr durch den Rauchschleier und sagt über Lautsprecher durch, dass Fenster und Türen geschlossen werden sollen.

Kurz darauf entwarnt der Bürgermeister der Stadt auf Instagram und bittet, die Feuerwehr deshalb nicht mehr anzu-

rufen – es sei nicht unser Wald, der brennt; der Rauch komme von den Waldbränden in Belgien, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland.

Laut Global Wildfire Information System sind zum ersten August seit Jahresbeginn weltweit 112,3 Millionen Hektar verbrannt – eine Fläche, die etwa so groß ist wie Südafrika. Europas Sommerferien waren gefüllt mit Bildern aus spanischen und französischen Urlaubsregionen, in denen völlig erschöpfte Feuerwehrleute gegen Feuerwände in Wäldern ankämpften.

DAS DREHBUCH HABEN WIR NOCH IN DER HAND

Allein in Deutschland gab es in diesem Sommer 12.500 hitzebedingte Sterbefälle. Die Pegelstände von Rhein und Donau waren so niedrig, dass Unternehmen aufgrund erhöhter Schiffstransportkosten ihre Produktion drosselten.

Allerorts werden nun Forderungen nach Krisengipfeln laut. Nur wer fordert das Eingeständnis, dass es so weit nicht hätte kommen müssen, wenn Klimaschutz rechtzeitig und konsequent betrieben worden wäre?

Die Menschheit hat den Planeten zur Kulisse eines Katastrophenfilms werden lassen. Diesen Film können wir nicht mehr abschalten, aber wir haben nach wie vor das Drehbuch in der Hand. Die Beiträge dieser Ausgabe berichten von Menschen an den Küsten Bangladeschs, in den Sümpfen Simbabwe und den Dünen der Sahara, die bereits Wege gefunden haben, in einer sich erheizenden Welt weiterhin sicher zu leben. Sie und andere, die bereits seit Jahren täglich mit der Klimakrise leben müssen, sollten auf der Gästeliste stehen, wenn es zu den Krisengipfeln kommt.



KATHARINA WILHELM OTIENO

ist Redakteurin bei E+Z und arbeitet zeitweise in Nairobi.

euz.editor@dandc.eu

INDIGENE VÖLKER

Von den Tuareg lernen, wie man sich gegen den Klimawandel wappnet

Seit Jahrhunderten bewirtschaften die Tuareg knappe Wasser- und Weideressourcen durch Mobilität, Zusammenarbeit und Gewohnheitsrecht. Regierungen und internationale Förderer sollten sie und andere Indigene Gruppen als Gegenüber bei der Klimaanpassung anerkennen.

VON RACHID BOUJAJILA

Tuareg auf ihren Kamelen in Niger.



Die Luft auf dem Tassili-n'Ajjer-Plateau in Süd-algerien flimmert nicht nur, sie brennt. Für die Tuareg, ein Indigenes Nomadenvolk der Sahara, war Überleben nie eine Selbstverständlichkeit. Vielmehr war es stets ein sorgfältig ausgehandelter Pakt mit einer der harschesten Umgebungen der Erde. Seit Jahrhunderten ist dieser Pakt in der Sprache der Winde, der Sternbilder und der subtilen Veränderungen im spärlichen Grün der Wüste niedergeschrieben.

Heute aber werden die Bedingungen dieses Paktes durch eine sich viel zu schnell entfaltende globale Klimakrise radikal neu geschrieben. Für die Tuareg werden die Regenfälle zu „Geistern“ – sie fallen anderswo oder verflüchtigen sich, ehe sie die ausgedörrte Erde erreichen. Die Brunnen ihrer Vorfahren versiegen.

Somit stehen die Tuareg an vorderster Front einer globalen Sicherheitskrise. Dabei geht es nicht nur um eine sich wandelnde Landschaft; sie ist eine grundlegende Bedrohung für eine Lebensweise, die die Sahara seit Jahrtausenden prägt. Um die Zukunft der Menschen in Nordafrika und der Sahelzone zu sichern, muss die internationale Gemeinschaft zuallererst verstehen, wie und warum diejenigen, die die Wüste am besten kennen, darum kämpfen, dort zu bleiben.

SÄULEN DER RESILIENZ

Die Tuareg sind keine passiven Opfer der Umweltzerstörung, sondern aktive Meister der Anpassung. Angesichts der sich verschärfenden Klimakrise werden traditionelle Strategien neu gedacht, um Frieden zu wahren, Viehbestände zu erhalten und die Menschenwürde über Grenzen hinweg zu schützen. Drei konkrete Ansätze illustrieren die Widerstandskraft der Indigenen.

1. Das menschliche Internet: Mündliche Netzwerke digitalisieren sich

Lange vor dem Zeitalter der Satellitenbilder stützten sich die Tuareg auf ein komplexes System mündlicher Überlieferung, um die schwer zugänglichen Ressourcen der Wüste aufzuspüren. Bis heute agieren nomadische Hirtinnen und Hirten, die über die Landesgrenzen ziehen, als Umweltsensoren, die in Echtzeit Daten darüber sammeln, welche Weideflächen austrocknen und wo es seltene Regenfälle gibt. Wenn sich Reisende in der Wüste begegnen, tauschen sie traditionell „Aman“ aus – wichtige Neuigkeiten über Wasser und Sicherheit.

Heute ergänzt moderne Technologie dieses traditionelle Netzwerk. Es sind nicht nur jüngere Tuareg, die Mobiltelefone, solarbetriebene Ladegeräte und Messaging-Apps nutzen. Der digitale Sprung ermöglicht es ihnen, ihre Gemeinschaft vor lokalen Konflikten, Sturzfluten oder ausge-

trockneten Grundwasserquellen zu warnen – Wochen bevor die offiziellen staatlichen Wetterdienste in der Lage sind, solche Berichte zu veröffentlichen.

2. Traditionelle Brunnengesetze: Vermeidung von Konflikten um Ressourcen

In einer extrem trockenen Umwelt wie der Sahara bildet Wasser die Grundlage eines ungeschriebenen rechtlichen und sozialen Rahmens. Das traditionelle Gewohnheitsrecht der Tuareg schreibt strenge, heilige Regeln für die gemeinsame Nutzung von Brunnen (Birs) vor. Während schwerer Dürren regeln diese streng geschützten Gesetze die Rotation des Viehbestands und stellen sicher, dass nicht einzelne Familien oder Gruppen eine Wasserquelle monopolisieren.

Enorm wichtig ist auch, dass diese Gesetze festgelegte Verhandlungsmechanismen vorgeben, wenn nomadische Hirtinnen und Hirten die Gebiete sesshafter bäuerlicher Gemeinschaften betreten müssen. Ehe die Herden kommen, treffen sich Repräsentierende an den Grenzen der Gebiete, um Zugangsrechte auszuhandeln. Dieses Indigene Rechtssystem stellt das kollektive Überleben und den kooperativen Zugang vor exklusive Eigentumsrechte und wirkt so als Puffer gegen ressourcenbedingte Gewalt, zu der es in vom Klimawandel bedrohten Regionen oft kommt. Es beweist, dass Knappheit nicht automatisch zu Konflikten führt, sofern eine gerechte Verwaltung gewährleistet ist.

„Echte Klimasicherheit in Nordafrika und der Sahelzone lässt sich nicht von einem Büro in Brüssel oder Berlin aus erreichen.“

3. Geteilte Lebensgrundlagen: Diversifizierung des Portfolios der Nomad*innen

Der Klimawandel erzwingt ein pragmatisches Umdenken, was traditionelle Strategien zur Sicherung des Lebensunterhalts betrifft. Völlige Abhängigkeit von traditioneller Viehzucht ist ein zu großes Risiko, wenn Weideland zu Staub wird. Als Reaktion darauf praktizieren viele Tuareg-Familien das, was Fachleute als „geteilte Lebensgrundlagen“ bezeichnen.

Während einige Familienmitglieder weiterhin nomadisch leben – oft wechseln sie von Rindern zu dürreresistenten

„Ein moderner, am falschen Ort gegrabener Brunnen kann ungewollt Konflikte auslösen, indem er dazu führt, dass etablierte Migrationsrouten verändert oder traditionelle Vereinbarungen missachtet werden.“

Tieren wie Kamelen und Ziegen –, lassen sich andere Familienmitglieder vorübergehend in der Nähe von städtischen Zentren oder landwirtschaftlichen Projekten nieder. Diese Flexibilität ermöglicht es ihnen, Einkünfte aus Handel, Handwerk oder Saisonarbeit zurück in die Hirtengemeinschaft zu leiten. Eine solche wirtschaftliche Diversifizierung schafft ein wichtiges finanzielles Sicherheitsnetz, das der gesamten Gruppe hilft, längere Dürren zu überstehen, ohne ihre kulturelle Identität komplett aufzugeben.

SICHERHEIT NEU DEFINIEREN

Seit Jahrzehnten sieht die internationale Sicherheitspolitik den Klimawandel in der Sahelzone vor allem als Multiplikator von Bedrohungen – als einen Faktor, der Armut verschärft, Konflikte um knapper werdendes Land auslöst und regionale Instabilität schürt. Die übliche politische Reaktion der internationalen Gemeinschaft war oft sehr sicherheitsorientiert und konzentrierte sich in erster Linie auf militärische Präsenz, Grenzkontrollen und von oben verordnete Infrastrukturprojekte.

Allerdings übersieht man eine entscheidende Ressource, wenn man die Region nur mit Blick auf ihre Vulnerabilität betrachtet: das fundierte, lokale Fachwissen der Menschen, die dort leben. Top-down-Lösungen scheitern oft, weil sie die lokalen Gegebenheiten nicht berücksichtigen. Wenn internationale Entwicklungsorganisationen traditionelle Strukturen umgehen, um dauerhafte, feste Staudämme oder statische Landwirtschaftszonen zu errichten, stören sie oft genau jene Mobilität, die es den Hirtinnen und Hirten ermöglicht, zu überleben. Ein moderner, am falschen Ort gegrabener Brunnen kann ungewollt Konflikte auslösen, indem er dazu führt, dass etablierte Migrationsrouten verändert oder traditionelle Vereinbarungen rund um Wassernutzung missachtet werden.

Echte Klimasicherheit in Nordafrika und der Sahelzone lässt sich nicht von einem Büro in Brüssel oder Berlin aus erreichen – und vielleicht nicht einmal von Bamako oder Niamey aus. Dazu braucht es einen grundlegenden Wandel hin zur Zusammenarbeit mit Indigenen Verwaltungssystemen.

Durch Einführung eines rechtspluralistischen Rahmens – bei dem die formelle Staatspolitik das Gewohnheitsrecht der Tuareg und anderer Indigener Völker aktiv in regionale Strategien integriert, etwa im Zusammenhang mit Wasser – können internationale Verantwortliche ein resilientes Umfeld zum Beispiel für grenzüberschreitendes Wassermanagement schaffen. Sicherheit in einer sich erheizenden Welt bedeutet nicht, nomadische Gesellschaften zum Stillstand zu zwingen, sondern, ihre rechtliche und physische Freiheit zur Anpassung zu unterstützen – und vielleicht sogar von ihnen zu lernen.

Der Sand der Sahara bewegt sich schneller denn je, doch die Widerstandsfähigkeit der Tuareg beweist, dass Anpassung möglich ist, wenn sie auf Zusammenarbeit, Flexibilität und Gemeinschaft basiert. Während die internationale Gemeinschaft nach dem Zusammenhang zwischen Klima und Sicherheit in der Sahelzone sucht, ist die Lehre aus der Wüste klar: Sicherheit kann nicht von oben verordnet werden. Sie muss von Grund auf neu aufgebaut werden, wobei die uralte Weisheit und die traditionellen Strukturen derer, die hier seit Jahrtausenden überlebt haben, zu berücksichtigen sind. Um die Zukunft der Sahelzone zu sichern, dürfen wir Indigene nicht weiter lediglich als gefährdete Bevölkerungsgruppen betrachten, sondern müssen sie als unverzichtbare Partner in der globalen Klimadiplomatie anerkennen.

RACHID BOUJILA

ist Jurist und Forscher mit den Schwerpunkten Völkerrecht, menschliche Sicherheit und Umweltpolitik in Nordafrika und der Sahelzone.

rasheed25fr@yahoo.fr



Entwicklungsministerin Reem Alabali Radovan besuchte 2025 gemeinsam mit Jihad Al-Mahamid, Staatssekretär im jordanischen Ministerium für Wasser und Bewässerung, die städtische Grundwasserquelle in Amman.

INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

Wer in Wasser investiert, investiert in Sicherheit

Sauberes Wasser wird weltweit immer knapper, was das Risiko für Versorgungskrisen und Verteilungskonflikte erhöht. Wie deutsche Entwicklungszusammenarbeit in Ländern wie dem Irak und Jordanien die Wassersicherheit verbessert.

„**W**enn Wasser zur Waffe wird“ – so lautete eine Schlagzeile, als der Iran Anfang März dieses Jahres gezielt Wasserentsalzungsanlagen im Persischen Golf angriff. Was öffentlich als Vergeltung für Angriffe der USA und Israels auf iranische Wasser- und Energieanlagen ausgerufen wurde, hatte ein klares geostrategisches Ziel: die Zivilbevölkerung und die Wirtschaft in Bahrain, Kuwait und den Vereinigten Arabischen Emiraten von der elementaren Ressource Wasser abzuschneiden.

Der Nahe Osten gehört zu den trockensten Regionen der Welt. Entsalzungsanlagen sichern dort die Trinkwasserversorgung für Millionen Menschen: In Kuwait stammen 90 % des Trinkwassers aus Meerwasserentsalzung, in den Vereinigten Arabischen Emiraten mehr als 42 %. Ein Angriff auf diese Anlagen kann innerhalb kürzester Zeit eine humanitäre Krise auslösen. Ganze Städte müssten evakuiert werden. Und auch die wirtschaftlichen Folgen wären dramatisch: Ohne ausreichend Wasser drohen Landwirtschaft, Industrie und Energieproduktion zum Erliegen zu kommen.

„Wo Wasser knapp wird oder sehr ungleich verteilt ist, drohen Verteilungskonflikte oder gar Ernährungs- und Versorgungskrisen. Wasserknappheit wird damit zu einem Risiko für gesellschaftliche Stabilität und für Frieden innerhalb und zwischen Staaten.“

WASSER: DIE STRATEGISCHE RESSOURCE DES 21. JAHRHUNDERTS

Die schlimmsten Folgen konnten im März verhindert werden. Aber der Vorfall zeigt beispielhaft, wie verletzlich unsere Gesellschaften angesichts zunehmender Wasserknappheit geworden sind. Wasser entwickelt sich zur strategisch wichtigsten Ressource des 21. Jahrhunderts – vergleichbar mit der Bedeutung von Energie im vergangenen Jahrhundert. Wer den Zugang zu Wasser unterbricht,

gefährdet nicht nur die Versorgung der Bevölkerung, sondern auch Stabilität und Frieden.

Dabei ist Wasser weit mehr als nur ein Rohstoff. Sauberes Trinkwasser und eine sichere Sanitärversorgung sind Voraussetzungen dafür, dass Gesundheitssysteme funktionieren, Kinder zur Schule gehen und Menschen ein Einkommen erwirtschaften können. Sie schützen vor Krankheiten, Armut und Hunger. Sie ermöglichen Landwirtschaft, Industrie und eine verlässliche Energieversorgung. Deshalb ist der Zugang zu Wasser und Sanitärversorgung ein Menschenrecht.

Gleichzeitig wird Wasser weltweit knapper. Dadurch entwickelt sich die Verfügbarkeit von Wasser immer mehr auch zu einem Sicherheitsfaktor. Denn wo Wasser knapp wird oder sehr ungleich verteilt ist, drohen Verteilungskonflikte oder gar Ernährungs- und Versorgungskrisen. Wasserknappheit wird damit zu einem Risiko für gesellschaftliche Stabilität und für Frieden innerhalb und zwischen Staaten.

Der Klimawandel und die Übernutzung von Wasserressourcen verschärfen das Problem massiv: Sie stören den Wasserkreislauf, lassen Quellen versiegen und machen Extremwetterereignisse wie Dürren oder Überschwemmungen mit all ihren Folgen wahrscheinlicher und intensiver.

Dabei entstehen Wasserkrisen nicht nur in Kriegsgebieten. Noch immer haben weltweit mehr als 2 Milliarden Menschen keinen sicheren Zugang zu sauberem Trinkwasser. Nur etwa die Hälfte der Frischwasserquellen weist eine gute Wasserqualität auf. Jedes Jahr sterben mehr als 1,4 Millionen Menschen, viele davon Kinder, an Krankheiten wie Durchfall, die mit mangelnder Wasser-, Sanitär- und Hygieneversorgung zusammenhängen. Besonders Frauen und Mädchen tragen die Folgen. Sie verbringen oft täglich Stunden damit, Wasser zu holen. Für viele Mädchen bedeutet das: weniger Zeit in der Schule, weniger Bildung und somit schlechtere Zukunftsperspektiven.

WASSERSICHERHEIT ALS SCHWERPUNKT DER DEUTSCHEN ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Der Zugang zu Wasser entscheidet damit über Chancen, Gesundheit, wirtschaftliche Entwicklung und Frieden. Genau deshalb macht die deutsche Entwicklungspolitik Wasser zu einem strategischen Schwerpunkt und baut ihr Engagement aus – gemeinsam mit Partnerländern, auf regionaler und auf multilateraler Ebene. Wassersicherheit für alle als Kerngedanke der Agenda 2030 mit ihrem Nachhaltigkeitsziel 6 „Sauberes Wasser und Sanitärversorgung“ steht dabei auch im Zentrum unseres Engagements.

Gemeinsam mit unseren Partnerländern arbeiten wir daran, die Menschenrechte auf Wasser und Sanitärversor-

„Wasserkrisen sind kein Naturgesetz. Sie sind häufig Ergebnis politischer Entscheidungen, struktureller Ungleichheit und mangelnder Vorsorge.“



Insbesondere Frauen und Mädchen verbringen oft viel Zeit damit, Wasser zu holen. Für viele Mädchen bedeutet das auch weniger Bildung und damit schlechtere Zukunftsperspektiven.

gung zu verwirklichen. Kommunen und kommunale Unternehmen sind dabei zentrale Akteur*innen. Denn oft liegen die Planung, der Betrieb und die Instandhaltung der Wasserinfrastruktur in ihrer Hand. Wir unterstützen beispielsweise den Irak und Jordanien dabei, Wasserverluste durch Lecks im Trinkwassernetz zu mindern und Abwasser nutzbar zu machen. In Mali und Kenia fördern wir den Aufbau von Kleinbewässerungsnetzen für Kleinbäuer*innen. Und in Namibia unterstützen wir dabei, eine Kläranlage zu modernisieren und eine Wasseraufbereitungsanlage in der Hauptstadt Windhoek zu bauen, die es erlauben, Abwasser wieder zu Trinkwasser aufzubereiten und damit die Resilienz gegen Dürren zu stärken.

Gleichzeitig arbeiten wir mit lokalen und nationalen Behörden daran, die Wasser-Governance zu stärken. Das bedeutet, die rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass Wasserressourcen geschützt und sozial gerecht verteilt werden. Länder wie Jordanien und Tunesien unterstützen wir dabei, ihre nationale Wasserstrategie zu reformieren oder das Wasserrecht zu modernisieren. Ein besonderes Augenmerk unserer Vorhaben liegt auf benachteiligten Bevölkerungsgruppen und Regionen,

die häufig noch unzureichenden Zugang zu Wasser- und Sanitärversorgung haben. Dabei ist es wichtig, die Wasserkosten so auszugestalten, dass sie für alle Bürger*innen erschwinglich sind. Sozial ausgewogene Tarife und gezielte Investitionen sind wichtige Instrumente dafür.

Jordanien zeigt beispielhaft, warum Wassersicherheit heute Sicherheitspolitik ist. Das Land gehört zu den wasserärmsten Staaten der Welt. In den Sommermonaten reicht das verfügbare Wasser häufig nicht aus. Gleichzeitig sinken die Grundwasserspiegel seit Jahren, während Klimawandel und Bevölkerungswachstum den Druck weiter erhöhen. Deutschland unterstützt Jordanien dabei, die Wasserinfrastruktur zu verbessern und ein zentrales System aufzubauen, mit dem Wasser- und Energiedaten erfasst werden. So können Wasserverluste reduziert, der Wasserverbrauch gesenkt und das Grundwasser geschützt werden. Wir beteiligen uns an der Finanzierung einer Meerwasserentsalzungsanlage und am Bau von emissionsarmen Kläranlagen. Damit wird Abwasser für die Landwirtschaft nutzbar und es bleibt mehr wertvolles Trinkwasser für die Bevölkerung erhalten. Im Norden des Landes wurden mit Förderung der deutschen Entwicklungspolitik Wasser- und Abwasserleitungen installiert, wodurch Hundert-

tausende lokale Einwohner*innen und Flüchtlinge Zugang zu Trinkwasser und Sanitärversorgung erhalten haben.

WASSER KENNT KEINE GRENZEN

Länder wie Jordanien sind für ihre Versorgungssicherheit auf Flüsse wie den Jordan angewiesen, der über Landesgrenzen hinwegfließt – so wie es ein großer Teil des weltweit verfügbaren Süßwassers tut. Das birgt Potenzial für Konflikte und macht eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit unerlässlich. Gleichzeitig liegen in der friedlichen Zusammenarbeit zu Wasser auch große Chancen.

Die deutsche Entwicklungspolitik unterstützt Anrainerstaaten bei dieser regionalen Zusammenarbeit. Ziel ist es, Konflikten vorzubeugen, eine gerechte Verteilung des Wassers zu fördern und Ökosysteme über Grenzen hinweg zu schützen. Dazu werden gemeinsame Managementpläne für Flussgebiete, Seen und Grundwasservorkommen entwickelt, Daten zu Wasserressourcen ausgetauscht und abgestimmte Frühwarn- und Krisenmechanismen aufgebaut. Wir stärken regionale Organisationen – etwa Flussgebietsorganisationen oder Regionalbanken – damit sie Stakeholder an einen Tisch bringen und gemeinsame Investitionen in Wasserinfrastruktur fördern. So entstehen verbindliche Regeln für die Nutzung und Entnahme von Wasser.

Das zeigt sich etwa im Tschadseebecken, dessen Gewässer sowohl Lebensader als auch Konfliktherd zwischen den Anrainerstaaten Kamerun, Niger, Nigeria und Tschad ist. Das BMZ arbeitet mit der Tschadseebeckenkommission (CBLT) am Aufbau eines klimaresilienten, grenzüberschreitenden Wasserressourcenmanagements. Dabei geht es darum, die Kapazitäten der Kommission selbst zu stärken. Wir wollen gemeinsam regionale Informationssysteme zu Wasserressourcen ausbauen und Planungsinstrumente etablieren, die alle mit einbeziehen.

GLOBALE ALLIANZEN FÜR WASSERSICHERHEIT

Auch auf multilateraler Ebene engagiert sich die deutsche Entwicklungspolitik für Dialog und einen Interessenausgleich aller Nutzer*innengruppen. Wir festigen gezielt Partnerschaften für Wassersicherheit und setzen uns für eine gestärkte Rolle von UN Water ein, damit Wasserprogramme der verschiedenen UN-Organisationen besser koordiniert werden. Die UN-Wasserkonferenz im Dezember in Abu Dhabi ist ein wichtiger Meilenstein, um sich international auf ambitionierte Maßnahmen für globale Wassersicherheit zu verständigen. Genauso unterstützen wir eine aktive Rolle der multilateralen Entwicklungsbanken – etwa als Umsetzungspartner der Weltbank-Initiative „Water Forward“, die zusätzliche Mittel für klimaresiliente Wasser und Sanitärversorgung mobilisiert. Und als Sitzstaat des Sekretariats für die UN-Konvention zur Bekämpfung von Wüsten-

bildung (UNCCD) nutzen wir unsere besondere Verantwortung, um das Thema Dürresilienz global auf die Agenda zu setzen.

EINE FRAGE DES ÜBERLEBENS

Wasserkrisen sind kein Naturgesetz. Sie sind häufig Ergebnis politischer Entscheidungen, struktureller Ungleichheit und mangelnder Vorsorge. Deshalb braucht es politische Antworten auf die sich zuspitzende Wasserkrise: entschlossenes Handeln für die Menschenrechte auf Wasser und Sanitärversorgung, konsequenten Klimaschutz und eine enge internationale Zusammenarbeit.

Wie existenziell diese Zusammenarbeit ist, hat der jordanische Staatssekretär im Wasserministerium, Jihad Al-Mahamid, bei meinem Besuch in Amman im letzten Jahr eindrucksvoll auf den Punkt gebracht. Auf die Frage, was passieren würde, wenn Deutschland seine Unterstützung einstellte, sagte er: „Wir würden alle sterben. Es gäbe kein Wasser mehr in Jordanien – wir würden alle sterben.“

Mich hat dieser Satz seitdem nicht mehr losgelassen. Er macht deutlich, worum es bei Wassersicherheit letztlich geht: nicht um Rohre, Pumpen oder Leitungen, sondern um Menschenleben, wirtschaftliche Perspektiven und Frieden. Gerade in einer Zeit wachsender geopolitischer Spannungen wird deutlich: Wer heute in Wasser investiert, investiert nicht nur in Infrastruktur. Er investiert in Gesundheit, Resilienz gegen den Klimawandel, wirtschaftliche Entwicklung – und damit in Sicherheit und Frieden.

QUELLEN

Weltgesundheitsorganisation (WHO) und UNICEF, 2025: [Progress on household drinking-water, sanitation and hygiene 2000-2024: Special focus on inequalities](#).

UN, 2026: [The Sustainable Development Goals Report](#).

Weltgesundheitsorganisation (WHO), 2026: [WHO water, sanitation, hygiene and waste strategy 2026-2035](#).

Eyl-Mazzega, M.-A. und Cassignol, E., 2022: [The geopolitics of seawater desalination](#). Études de l'Ifri.



REEM ALABALI RADOVAN

ist Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

bmz.de/de



Auf der Pazifikinsel Pele in Vanuatu, die immer wieder von Klimakatastrophen heimgesucht wird, sind Grabsteine eines überfluteten Friedhofs an Land gespült worden.

MIGRATION

„Entscheidend ist, früher zu investieren“

Ob Frühwarnsystem oder geplante Umsiedlung: Klimabedingte Mobilität erfordert praktische Lösungen, die verhindern, dass Vertreibung zu einer Krise wird. Amy Pope, Generaldirektorin der Internationalen Organisation für Migration (IOM), erläutert, worauf die Politik setzen sollte. Sie plädiert dafür, Mobilität als Teil der Anpassungspolitik zu begreifen.

Viele Regierungen behandeln den Klimawandel in erster Linie als Umwelt- oder Entwicklungsthema. Wie würden Sie die sicherheitspolitische Dimension von Klimafolgen erklären, und welche Rolle spielt Migration dabei?

Der Klimawandel beeinflusst zunehmend die Stabilität von Gesellschaften, weil er Lebensgrundlagen und den Zugang zu Ressourcen verändert. Wenn Gemeinschaften unter Wasserknappheit, Ernährungsunsicherheit oder wiederkehrenden Katastrophen leiden, sind sie häufig instabiler und anfälliger für Spannungen.

Migration ist Teil des Ganzen, sollte aber nicht als Bedrohung verstanden werden. Oft handelt es sich dabei um eine Bewältigungs- oder Anpassungsstrategie. Entscheidend ist, Mobilität so zu steuern, dass Risiken verringert, Gemeinschaften unterstützt und Menschen nicht zu unsicheren oder irregulären Wanderungsbewegungen gezwungen sind. Aus Sicht der IOM geht es also um praktische Lösungen, die die Gefahren für Menschen verringern, ihre Resilienz stärken und dafür sorgen, dass Mobilität, wenn sie stattfindet, sicher, geordnet und menschenwürdig verläuft.

„Über alle Formen der klimabedingten Mobilität hinweg ist der wichtigste Trend, dass die Wanderungsbewegungen in erster Linie lokal oder regional sind.“

Der Begriff „klimabedingte Mobilität“ umfasst sowohl kurzfristige Vertreibung nach Extremereignissen als auch geplante Umsiedlungen. Welche Formen der Mobilität nehmen derzeit am stärksten zu, und wo?

Der größte Teil klimabedingter Mobilität besteht heute aus Binnenvertreibung infolge plötzlicher Ereignisse wie Überschwemmungen, Stürmen oder anderer extremer Wetterereignisse. Die Häufigkeit solcher Ereignisse und deren Auswirkungen nehmen in verschiedenen Regionen zu, darunter in Teilen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas.

Gleichzeitig beobachten wir einen allmählichen Anstieg der Mobilität infolge schleichender Belastungen wie Dürren oder Umweltzerstörung. Das gilt besonders für Regio-

nen, in denen die Lebensgrundlagen stark von natürlichen Ressourcen abhängen.

Geplante Umsiedlungen sind bislang weniger verbreitet, gewinnen aber in bestimmten Kontexten an Bedeutung, etwa auf kleinen Inseln und in Gebieten, die wiederholt Risiken ausgesetzt sind. Über alle Formen der klimabedingten Mobilität hinweg ist jedoch der wichtigste Trend, dass die Wanderungsbewegungen in erster Linie lokal oder regional sind.

Gibt es Indikatoren, mit denen sich Hotspots klimabedingter Spannungen und Vertreibung frühzeitig erkennen lassen? Welche Maßnahmen können dann ergriffen werden, und wo funktioniert das bereits?

Die gibt es, allerdings sollten solche Indikatoren als Frühwarninstrumente verstanden werden, nicht als Vorhersagen von Krisen oder Konflikten. Immer besser lassen sich Gebiete identifizieren, in denen Klimarisiken, Vertreibungsgefahr, Druck auf Lebensgrundlagen, schwache öffentliche Versorgungsstrukturen und andere Anfälligkeiten zusammentreffen.

Dafür müssen Daten zu Überschwemmungen, Dürren, Stürmen und dem Meeresspiegelanstieg mit Informationen über Bevölkerungsbewegungen, Wohnverhältnisse, Lebensgrundlagen, Zugang zu Versorgungsstrukturen und lokale Bewältigungskapazitäten zusammengeführt werden. Erst wenn diese Faktoren gemeinsam betrachtet werden, können Regierungen und Partner früher handeln.

IOM unterstützt solche Ansätze unter anderem mit ihren „Climate Mobility Innovation Labs“, zu denen auch der „Risk Index for Climate Displacement“ gehört. Auf den Philippinen werden durch diese Arbeit beispielsweise Daten zu Klimarisiken, Vertreibung und Anfälligkeit zusammengeführt. So lässt sich besser erkennen, wo Gemeinschaften besonders gefährdet sind und wo Investitionen in Vorsorge, Anpassung und lokale Versorgungsstrukturen am dringendsten gebraucht werden.

Die daraus folgenden Maßnahmen sind sehr konkret: Wir sollten Frühwarnsysteme verbessern, lokale Infrastruktur und Dienstleistungen stärken, Lebensgrundlagen sichern, bei Bedarf sichere Standorte oder Umsiedlungen planen sowie Mobilitätsdaten für Vorsorge und Wiederaufbau nutzen. Das Ziel ist, zu handeln bevor klimabedingte Belastungen tatsächlich zu Vertreibungskrisen führen.

Während klimabedingte Mobilität voraussichtlich zunimmt, wächst in einigen Ländern zugleich der Widerstand gegen Einwanderung. Welche zusätzlichen Spannungen oder Konflikte können daraus entstehen?

Spannungen im Zusammenhang mit menschlicher Mobilität können dann entstehen, wenn Gemeinden, die ohnehin

„Die erste Priorität sollte in den nächsten zwei Jahren darin bestehen, früher in Resilienz und Anpassung an den Orten zu investieren, die den Klimafolgen am stärksten ausgesetzt sind.“

unter Druck stehen, plötzlich mit einer höheren Nachfrage nach Wohnraum, Land, Wasser, Arbeitsplätzen, Schulen, Gesundheitsversorgung oder öffentlicher Infrastruktur konfrontiert werden. Das kann sowohl Menschen auf der Flucht als auch die aufnehmenden Gemeinden belasten.

Hinzu kommt ein politisches Risiko. Wenn Migration als Sicherheitsbedrohung dargestellt oder klimabedingte Mobilität mit irregulärer Einwanderung verwechselt wird, kann das Angst, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit schüren. Dadurch wird es schwieriger, Menschen zu schützen, aufnehmende Gemeinden zu unterstützen und als Regierung praktische Lösungen zu planen.

Aus diesem Grund legt IOM besonderen Wert auf frühzeitige Planung, verlässliche Daten, die Einbindung der Gemeinden und die Unterstützung lokaler Behörden. Ziel ist es, Menschen dabei zu helfen, sich sicher an einen anderen Ort zu begeben, wenn eine Umsiedlung notwendig ist, ihnen zu ermöglichen, sicher an ihrem derzeitigen Wohnort zu bleiben, wenn das möglich ist, und sicherzustellen, dass die aufnehmenden Gemeinschaften die Unterstützung erhalten, die sie benötigen.

In der Genfer Flüchtlingskonvention wird klimabedingte Vertreibung nicht ausdrücklich erwähnt. Welche realistischen Reformmöglichkeiten oder ergänzenden Ansätze sehen Sie, um diese Lücke zu schließen?

Zunächst ist Präzision wichtig. Die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 und ihr Protokoll von 1967 bleiben zentrale Säulen des internationalen Schutzes. Der Klimawandel oder Katastrophen allein begründen jedoch noch keinen Flüchtlingsstatus. Das bedeutet nicht, dass kein Schutzbedarf besteht oder das bestehende Recht keine Rolle spielt. In bestimmten Situationen können Flüchtlingsrecht, Men-

schenrechte oder regionale Schutzregelungen durchaus greifen, insbesondere wenn Klimafolgen mit Konflikten, Verfolgung, Gewalt, Diskriminierung oder ernsthaften Gefahren für Leben und Würde zusammenwirken.

Der realistischste Weg besteht in naher Zukunft wohl nicht in einem einzigen neuen global geltenden Vertrag, sondern in einer Kombination sich ergänzender Ansätze. Auf internationaler Ebene bedeutet das etwa eine bessere Nutzung bestehender Menschenrechtsverpflichtungen, Prinzipien der Nichtzurückweisung, der Rahmenwerke zur Katastrophenvorsorge, des Globalen Migrationspakts, gegebenenfalls des Globalen Flüchtlingspakts sowie der Arbeit staatlich getragener Initiativen wie der Platform on Disaster Displacement.

Und auf regionaler oder bilateraler Ebene?

Auf regionaler Ebene gibt es erheblichen Spielraum für ganz praktische Vereinbarungen, die tatsächliche Mobilitätsmuster reflektieren. Dazu gehören Freizügigkeitsabkommen, ein vorübergehender Schutz oder Aufenthaltsregelungen nach Katastrophen, humanitäre Visa, Programme zur Arbeitsmigration, grenzüberschreitende Vereinbarungen für viehhaltende Gemeinschaften sowie Abkommen, die es Menschen ermöglichen, sich vor, während oder nach klimabedingten Krisen sicher von einem Ort an den anderen zu bewegen.

Auf nationaler und bilateraler Ebene können Regierungen ebenfalls viel bewirken: etwa durch reguläre Migrationswege, Rahmenwerke für geplante Umsiedlungen, Evakuierungs- und Aufnahmevereinbarungen, Zugang zu Dokumenten, die Übertragbarkeit sozialer Sicherung, die Anerkennung von Qualifikationen sowie Maßnahmen, die Migrant*innen und Vertriebenen den Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen ermöglichen, ohne sie in irreguläre Verhältnisse oder Ausbeutung zu drängen.

Wie sollten Klimafinanzierung, Katastrophenvorsorge und Migrationsmanagement besser aufeinander abgestimmt werden, damit Mittel vorausschauend in Resilienz, Aufnahmegemeinden und sichere Mobilitätswege fließen, statt erst nach Ausbruch einer Krise?

Diese drei Aspekte müssen gemeinsam geplant und dürfen nicht als separate Bereiche behandelt werden. Entscheidend ist, früher zu investieren: in die Orte, aus denen Menschen wegziehen, in die Gemeinden, die sie aufnehmen, und in sichere Mobilitätsmöglichkeiten dort, wo Bewegung notwendig ist oder bereits stattfindet.

Für IOM bedeutet das, Regierungen dabei zu unterstützen, Risiken klimabedingter Mobilität in konkrete Investitionsprioritäten zu übersetzen. Über die „Climate Mobility Investment Facility“ unterstützt IOM Länder dabei, finanzierungsfähige Projektportfolios für Entwicklung, Resilienz und Anpassung

zu entwickeln – etwa im Bereich Hochwasserschutz, Dürre, Meeresspiegelanstieg oder bei geplanten Umsiedlungen und der Unterstützung von aufnehmenden Gemeinden. Auch deshalb sind die „Climate Mobility Innovation Labs“ so wichtig. Sie nutzen Daten und lokale Partnerschaften, um Risiken klimabedingter Mobilität zu erkennen und praktische, lokal entwickelte Lösungen zu erarbeiten.

„Erfolg sollte nicht daran gemessen werden, ob sich weniger Menschen auf den Weg machen.“

Wir müssen also den Ansatz ändern: Statt erst nach einer Vertreibung zu reagieren, sollten wir bereits vor der Eskalation von Krisen in Vorsorge, Resilienz und sichere Mobilität investieren. Dafür braucht es bessere Frühwarnsysteme, vorausschauendes Handeln, lokale Dienstleistungen, widerstandsfähige Infrastruktur und reguläre Wege, die Menschen einen sicheren und menschenwürdigen Umzug ermöglichen, wenn sie an einem Ort nicht mehr bleiben können.

Geplante Umsiedlungen sind ein sensibles, manchmal aber notwendiges Instrument. Welche Konflikte können dabei entstehen? Und welche Standards braucht es, damit dabei Rechte, kulturelle Bindungen und Lebensgrundlagen gewahrt bleiben?

Geplante Umsiedlungen gehören zu den sensibelsten Bereichen klimabedingter Mobilität. Sie dürfen nie einfach als Verlagerung von Menschen von einem Ort an einen anderen verstanden werden. Sie betreffen so vieles zugleich: Land, Lebensgrundlagen, Kultur, Identität, familiären Zusammenhalt, den Zugang zu Dienstleistungen und die Beziehungen zu aufnehmenden Gemeinden.

Schlecht geplante Umsiedlungen können deshalb neue Konflikte hervorrufen, etwa um Landbesitz, Entschädigungen, Arbeitsplätze, öffentliche Versorgungsstrukturen oder eben den Verlust von traditionellen und kulturellen Bindungen. Deshalb sollten sie sorgfältig geprüft und in der Regel nur als letztes Mittel erwogen werden, wenn die Risiken am bisherigen Ort nicht mehr verlässlich unter Kontrolle gebracht werden können.

Die zentralen Standards dabei sind klar: Umsiedlungen müssen staatlich geführt, rechtsbasiert und an den Bedürfnissen der Gemeinschaften ausgerichtet sein. Betroffene müssen von Anfang an einbezogen werden, Zugang

zu verständlichen Informationen haben und dabei unterstützt werden, ihre Lebensgrundlagen, ihren Wohnraum, ihre kulturellen Bindungen und den sozialen Zusammenhalt zu bewahren. Das Ziel dahinter sind nicht Umsiedlungen um ihrer selbst willen, sondern mehr Wahlmöglichkeiten: Gemeinschaften sollen dort sicher bleiben können, wo es möglich ist, und dort unterstützt werden, wo ein Verbleib nicht mehr sicher ist.

IOM hat die Arbeit im Bereich geplanter Umsiedlung und klimabedingter Mobilität im Pazifikraum unterstützt. Dort wirken sich der Meeresspiegelanstieg, Küstenerosionen und andere wiederkehrende Gefahren bereits auf Gemeinschaften aus. In Ländern wie den Salomonen geht es etwa darum, Regierungen und Gemeinden dabei zu unterstützen, vor auszuplanen, Risiken einzuschätzen und dafür zu sorgen, dass jede notwendige Mobilität sicher, menschenwürdig und nachhaltig erfolgt.

Städte sind wichtige Ziele sowohl für Binnenmigration als auch für grenzüberschreitende klimabedingte Migration. Welche Ansätze können Kommunen praktisch dabei unterstützen, Sicherheitsrisiken vorzubeugen?

Städte spielen in vielen Bereichen der Mobilität eine wichtige Rolle, doch wir sollten darauf achten, das nicht überzubewerten. Denn klimabedingte Mobilität nimmt viele Formen an. Manche Menschen ziehen in Städte, andere bewegen sich nur vorübergehend, lokal, zwischen ländlichen Gebieten oder innerhalb ihrer eigenen Region.

Wenn Kommunen Menschen aufnehmen, die von Klimafolgen betroffen sind, ist nicht die Migration selbst das Sicherheitsrisiko. Entscheidender ist, ob lokale Behörden über die Ressourcen, Daten und Planungsinstrumente verfügen, Bevölkerungsveränderungen inklusiv zu gestalten.

Kommunen brauchen also Unterstützung bei Wohnraum, grundlegender Versorgung, Gesundheitsdiensten, Bildung, Qualifizierung und dem Zugang zu menschenwürdiger Arbeit. Zugleich müssen sie Mobilitäts- und Vertreibungsrisiken in ihre Stadtplanung, Infrastrukturinvestitionen und Klimaanpassungspläne integrieren können.

Auch der soziale Zusammenhalt ist entscheidend. Das bedeutet, sowohl Neuankömmlinge als auch aufnehmende Gemeinden zu unterstützen, den Druck auf öffentliche Dienstleistungen zu verringern und Beteiligungsmöglichkeiten auf lokaler Ebene zu schaffen.

Welche drei Prioritäten sollte sich die internationale Gemeinschaft in den kommenden zwei Jahren setzen, um Klima, Sicherheit und Migration kohärent

miteinander zu verbinden? Und woran ließe sich hier Erfolg messen?

Die erste Priorität sollte in den nächsten zwei Jahren darin bestehen, früher in Resilienz und Anpassung an den Orten zu investieren, die den Klimafolgen am stärksten ausgesetzt sind.

Die zweite Priorität sollte sein, Mobilität zu einem Bestandteil der Anpassungspolitik zu machen. Dazu gehören geplante Umsiedlungen, wo sie notwendig sind, eine bessere Unterstützung für Binnenvertriebene und aufnehmende Gemeinden sowie sichere und reguläre Wege dort, wo Migration Menschen bei der Anpassung helfen kann.

„Die zweite Priorität sollte sein, Mobilität zu einem Bestandteil der Anpassungspolitik zu machen.“

Die dritte Priorität sollte darin bestehen, die Finanzierung in den Bereichen Klima, Entwicklung, humanitäre Hilfe und Migration aufeinander abzustimmen. Zu oft arbeiten diese Systeme noch immer getrennt voneinander, obwohl Ge-

meinschaften die Folgen bereits gleichzeitig spüren. Es braucht also eine kohärentere Finanzierung, bessere Daten und stärkere lokale Partnerschaften, um nicht mehr erst nach einer Krise zu reagieren, sondern bereits zu handeln, bevor Risiken tatsächlich zu Vertreibungsnotfällen führen.

Der Erfolg sollte dabei nicht daran gemessen werden, ob sich weniger Menschen auf den Weg machen. Entscheidend ist vielmehr, ob weniger Menschen gezwungen sind, während einer Krise zu fliehen, ob Gemeinschaften sicherere Wahlmöglichkeiten haben, ob lokale Behörden besser vorbereitet sind und ob betroffene Menschen Zugang zu Schutz, Lebensgrundlagen, Dienstleistungen und einem Leben in Würde haben.

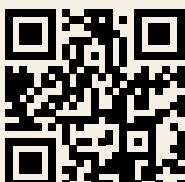
**AMY POPE**

ist Generaldirektorin der Internationalen Organisation für Migration (IOM).

iom.int

E+Z in der App lesen!

Mit unserer übersichtlichen App haben Sie E+Z immer zur Hand.



KATASTROPHENSCHUTZ UND -VORSORGE

Mehr als nur Überleben

*Bangladesch hat es geschafft, seine Bewohner*innen wesentlich sicherer durch Wirbelstürme zu bringen als früher. Jetzt geht es darum, die Lebensgrundlagen für die Zeit zwischen den Zyklonen zu erhalten. Ein wichtiges Thema ist der Kampf gegen Versalzung.*

VON MD. BODRUD-DOZA

Wegen seiner Lage am Golf von Bengalen wird Bangladesch immer wieder von starken Wirbelstürmen getroffen. Das tiefliegende Land hat eine hohe Bevölkerungsdichte, und in der Vergangenheit waren enorme Opferzahlen zu beklagen: Mindestens 300.000 Menschen kamen ums Leben, als der Zyklon Bhola 1970 auf Ostpakistan traf, das heutige Bangladesch. Im Jahr 1991 verloren etwa 140.000 Menschen bei einem Zyklon im Distrikt Chittagong ihr Leben.

Es ist also ein großer Erfolg, dass Bangladesch seit 2007 in keinem Jahr mehr als 200 Todesfälle verzeichnet hat, trotz starker Wirbelstürme. Dazu haben verschiedene Maßnahmen beigetragen, etwa Frühwarnsysteme, Zyklonschutzräume, geschulte Freiwillige, Programme in Schulen und lokale Evakuierungspläne. Tatsächlich hat sich Bangladesch inzwischen zu einem Vorbild für andere Länder entwickelt, wenn es um den Schutz vor Wirbelstürmen geht.

Ogleich sich die Katastrophenvorsorge deutlich verbessert hat, sieht sich die Bevölkerung dennoch weiterhin mit erheblichen Schäden durch Wirbelstürme konfrontiert. Die nächste große Herausforderung für Bangladesch wartet deshalb schon: dafür zu sorgen, dass die Bevölkerung ihr Leben auch nach starken Zyklonen sicher weiterführen kann. Die Lebensgrundlagen der Menschen besser zu sichern, ist wegen der voranschreitenden Klimakrise dringlicher denn je.

DEMOLIERTE DEICHE, ZERSTÖRTE HÄUSER

Welche Probleme dabei auftauchen können und wie sie zu bewältigen sind, zeigt ein Blick nach Satkhira, ein Bezirk im Südwesten Bangladeschs, der zum Teil an der Küste liegt. Als ich 2011 zum ersten Mal nach Satkhira reiste, war es zwei Jahre her, dass der Zyklon Aila einen Großteil der Südwestküste Bangladeschs verwüstet hatte. Ich erinnere mich noch gut an die beschädigten Deiche, das salzhaltige Wasser, die zerstörten Häuser und die Menschen, die versuchten, ihr Leben wieder aufzubauen, lange nachdem der Sturm aus den Nachrichten verschwunden war.

Seither habe ich die Küstenregion in Satkhira viele Male besucht. Unter anderem arbeitete ich mit Gemeinden in Gegenden, die besonders von der Klimakrise betroffen sind, zum Thema Anpassung. Eine Erkenntnis drängte sich besonders auf: Ein Zyklon ist keineswegs vorbei, wenn der Wind nachlässt. Oder wie ein Einwohner es während einer Diskussion vor Ort auf den Punkt brachte: „Der Zyklon kommt und geht, aber das Salz bleibt im Boden und im Wasser.“

DER KAMPF GEGEN DAS SALZWASSER

Versalzung ist eines der größten Probleme, mit denen die Bevölkerung nach Zyklonen zu kämpfen hat. Salziges Meerwasser drückt – insbesondere, wenn Deiche beschädigt werden – ins Landesinnere und richtet dort enorme Schäden an. Es flutet Süßwasserteiche, Ackerflächen und

Kanäle, kann das Grundwasser beeinträchtigen und schränkt auch die Auswahl an Feldfrüchten ein, die angebaut werden können. Zu den Folgen der Versalzung zählen Trinkwasserknappheit, Ernteaufälle und erhöhte gesundheitliche Risiken.

Aktuelle Forschungsergebnisse zeigen, dass sich die Versalzung entlang der Küste Bangladeschs ausbreitet und dort den Alltag verändert. Eine Studie aus dem Jahr 2025 in Satkhira ergab, dass die Belastung durch Versalzung mit Problemen der reproduktiven Gesundheit bei Frauen im Alter von 18 bis 49 Jahren in Verbindung steht. Demnach ist die Wahrscheinlichkeit für Frauen erhöht, solche Probleme zu bekommen, wenn sie in Berufen mit Kontakt zu Salzwasser arbeiten und zur nächsten sicheren Trinkwasserquelle oder Gesundheitseinrichtung weite Strecken zurücklegen müssen.

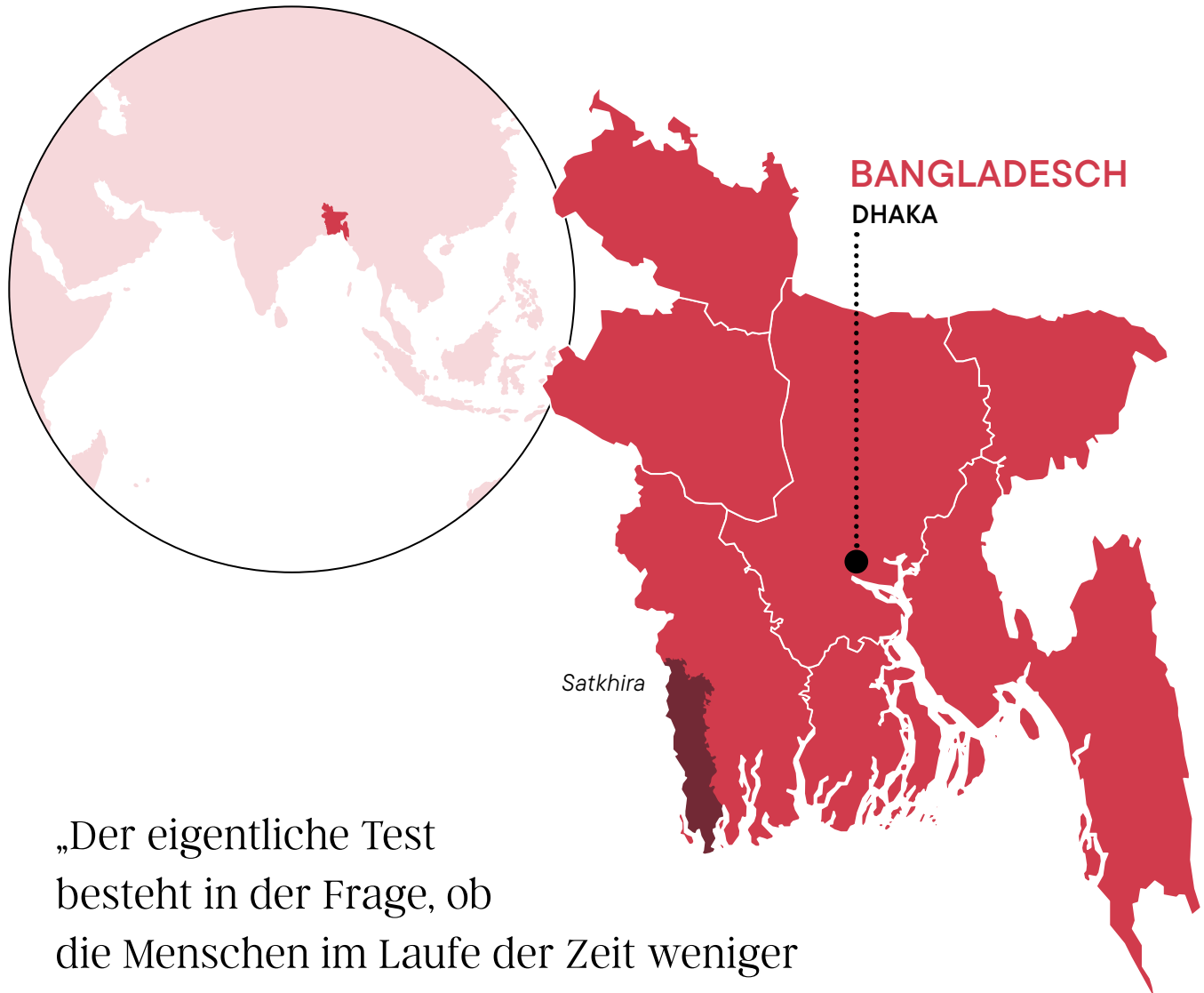
Um gegen die Folgen der Versalzung anzugehen, sind Mittel nötig, über die viele Familien nicht ohne Weiteres

„Eine aktuelle MIT-Studie warnt davor, dass sich die Gefahr durch Sturmfluten entlang der tiefliegenden Küste Bangladeschs drastisch erhöhen könnte, insbesondere wegen des Anstiegs des Meeresspiegels und stärkerer Zyklone.“

Foto: picture alliance / Hans Lucas / Martin Bertrand



Das Dorf Pratab Nagar in der Provinz Satkhira ist einer von vielen Orten in Bangladesch, die vom Klimawandel betroffen sind, etwa durch steigende Wasserstände, Erosion und Versalzung.



„Der eigentliche Test besteht in der Frage, ob die Menschen im Laufe der Zeit weniger anfällig werden für lebensbedrohliche Auswirkungen von Katastrophen.“

verfügen. Sie müssen sich teils Geld leihen, Vermögenswerte verkaufen oder sogar ein Familienmitglied wegschicken, damit es anderswo Arbeit findet. Die Katastrophe endet für sie also nicht, wenn der Sturm vorbeigezogen ist, sondern setzt sich fort durch beschädigte Infrastruktur, Einkommensverluste und tägliche Unsicherheit.

Die eskalierende Klimakrise verschärft die Situation. Eine aktuelle MIT-Studie warnt davor, dass sich die Gefahr durch Sturmfluten entlang der tiefliegenden Küste Bangladeschs drastisch erhöhen könnte, insbesondere wegen des Anstiegs des Meeresspiegels und stärkerer Zyklone. Bei mittleren bis hohen Emissionsszenarien könnte sich die Wiederkehrperiode schwerer Sturmfluten deutlich verkürzen, von Jahrzehnten auf wenige Jahre.

Das bedeutet, dass die bestehenden Schutzsysteme Bangladeschs unter zunehmenden Druck geraten kön-

nen. Die Klimakrise bedroht nicht nur die Wasserversorgung der Küstengemeinden, sondern auch ihre Gesundheit und Infrastruktur. Mehr Sturmfluten bedeuten auch ein höheres Risiko für Ufererosion. Insgesamt wirken Risiken zusammen und verstärken sich. Wo etwa Landwirtschaft und Fischzucht durch Versalzung beeinträchtigt werden, fehlt es den Menschen an der wirtschaftlichen Basis, um sich gegen künftige Katastrophen abzusichern – was wiederum dazu führt, dass Katastrophen potenziell stärkere Folgen haben.

WIE DIE BEVÖLKERUNG REAGIERT

Während meiner Arbeit für das International Centre for Climate Change and Development (ICCCAD) und BRAC, eine der größten globalen Entwicklungsorganisationen – beide mit Sitz in Bangladesch – habe ich miterlebt, wie Anpassungsprojekte versuchten, auf die sich verändernden Umstände zu reagieren. Einige Projekte unterstützten bei-

spielsweise die Bewertung der Klimavulnerabilität auf Gemeindeebene und die lokale Resilienzplanung. Andere konzentrierten sich auf Trinkwasser, klimaresiliente Lebensgrundlagen, die Stärkung von Frauen, Sensibilisierungsmaßnahmen und institutionelle Kapazitäten.

All diese Bemühungen sind wichtig. Sie lindern Leid und geben den Gemeinden Instrumente an die Hand, um Risiken zu bewältigen, die schon jetzt das Leben der Menschen beeinträchtigen. Zudem verdeutlichen sie eine zentrale Erkenntnis aus Satkhira: Ob ein Anpassungsprojekt gelingt, sollte nicht nur daran gemessen werden, was es während der Projektphase leistet, sondern auch daran, ob die Bevölkerung nach dem Projektende weniger anfällig ist.

Nicht jede Anpassung ist nachhaltig und gerecht. Weichen Bewohner*innen etwa von Landwirtschaft auf Shrimpzucht aus, können sie damit möglicherweise ein höheres Einkommen erzielen. Der Wechsel kann aber auch den Salzgehalt des Bodens erhöhen oder Gewinne bei mächtigeren Landbesitzer*innen und Investor*innen konzentrieren. Eine Studie über den Wandel von der Reiszur Shrimpzucht an der Küste Bangladeschs ergab etwa, dass die Ausweitung der Shrimpzucht den Salzgehalt im Boden erhöhte, sodass sich die Bedingungen für Reisanaubau verschlechterten. Dies führt dazu, dass Teile der lokalen Bevölkerung abwandern möchten.

Solche Formen der Anpassung können insbesondere für arme Haushalte eher zu unsicheren Arbeitsverhältnissen führen als zu echter Resilienz. Wenn sie am Ende weniger Wahlmöglichkeiten haben, dafür aber mehr Schulden oder keine andere Option als Notmigration, dann ist die Anpassung nicht gelungen.

BESSERE INSTANDHALTUNG

Ein wichtiger Aspekt für den Erhalt von Lebensgrundlagen in Bangladesch ist es auch, Deiche, Entwässerungssysteme, Zyklonschutzräume und Trinkwasserversorgungssysteme besser instand zu halten als bisher. Dafür sind auch eine transparente Planung und Koordination zwischen Regierungsbehörden, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Gemeinden nötig. Die MIT-Studie kommt zu dem Schluss, dass Bangladesch seine Küstenschutzstrategien im Hinblick auf künftige Sturmflutgefahren neu bewerten muss, einschließlich der Risiken, die von aufeinanderfolgenden und sich verstärkenden Zyklon- und Monsunereignissen ausgehen.

Die Regierung sollte Klimasicherheit als grundlegende öffentliche Dienstleistung betrachten. Dazu gehört:

- eine zuverlässige Trinkwasserversorgung,
- die präventive Instandhaltung von Deichen, Entwässerungssystemen und Zyklonschutzräumen,
- die regelmäßige Überwachung von Versalzung und deren gesundheitlichen Auswirkungen und
- soziale Absicherung für Haushalte, deren Lebensgrundlagen bereits beeinträchtigt sind.

Auch gilt es, Kommunalverwaltungen zu stärken. Sie benötigen mehr Befugnisse und Ressourcen, um Risiken zu erkennen, bevor sie zu Katastrophen werden. Zivilgesellschaftliche Organisationen sollten die Gemeinden weiterhin unterstützen und zugleich den Menschen dabei helfen, von Behörden Rechenschaftspflicht einzufordern in Bezug auf Dienstleistungen, Infrastruktur und Klimafinanzierung. Der Privatsektor schließlich sollte Aquakultur verantwortungsvoll betreiben und sich für faire Märkte, klimaresiliente Arbeitsplätze und erschwingliche Versicherungen einsetzen. Letztere sollten arme Haushalte einbeziehen, anstatt sie auszuschließen.

Weltweit erleben derzeit viele Küstenregionen einen Wandel von plötzlichen Katastrophen hin zu wiederkehrender Klimaunsicherheit. Wie Satkhira können auch sie davon profitieren, bei der Beurteilung von Anpassungsstrategien einen stärkeren Fokus auf nachhaltigen Erfolg zu legen. Die Zahl der geschulten Menschen, erreichten Haushalte, errichteten Notunterkünfte, installierten Trinkwasserzugänge oder unterstützten Frauen – all das sind wertvolle Statistiken. Sie sind aber nur ein Teil der Wahrheit. Der eigentliche Test besteht in der Frage, ob die Menschen im Laufe der Zeit weniger anfällig werden für lebensbedrohliche Auswirkungen von Katastrophen. Ob Süßwasserressourcen, Land, Gesundheit und Infrastruktur langfristig geschützt sind – und mit ihnen die Würde der Menschen, die unter schwierigen Bedingungen ihren Lebensunterhalt bestreiten.



MD. BODRUD-DOZA

ist Postdoktorand an der University of Guelph, Kanada. Er arbeitet an den Schnittstellen zwischen Landwirtschaft, Umwelt, Klima und Governance.

bodruddoza.env12@gmail.com

- eine zuverlässige Trinkwasserversorgung,

SAHELZONE

„Die Sahelstaaten müssen Frieden mit ihren Randgebieten schließen“

In der Sahelzone erschweren es anhaltende Konflikte zwischen Regierungen und terroristischen Gruppen der Bevölkerung, sich an den Klimawandel anzupassen. Die Menschen werden gezwungen, traditionelle Bewältigungsstrategien aufzugeben. Zugleich wird der Klimawandel teils als bequeme Erklärung missbraucht, während politische Versäumnisse die Konflikte weiter anheizen. Um diesen Kreislauf zu durchbrechen, müssten Staaten die zentralen Themen Land, Sicherheit und Mobilität angehen, um das Vertrauen der Bevölkerung in den Randgebieten zurückzugewinnen, sagt der politische Geograf Kamal Donko.

KAMAL DONKO IM INTERVIEW MIT MARIUS MONIAK



Ein Kämpfer der Befreiungsfront von Azawad (FLA) steht im Mai vor dem Gebäude der Regionalen Bildungsakademie in Kidal im Norden Malis, das bei Kämpfen vor der Einnahme der Stadt durch die FLA-Truppen schwer beschädigt wurde.

Seit 2012 ist die westliche Sahelzone von gewaltsamen Konflikten geprägt. In Mali, Burkina Faso und Niger putschten sich zwischen 2020 und 2023 Militärs an die Macht. Die Juntas versprachen der Bevölkerung insbesondere mehr Sicherheit. Konnten sie dieses Versprechen einhalten?

Nach unabhängigen Maßstäben hat sich die Gewalt verschärft. Burkina Faso, Niger und Mali sind alle unter den fünf am stärksten von Terrorismus betroffenen Ländern des Global Terrorism Index 2026. In der gesamten Region gibt es nach wie vor Millionen Binnenvertriebene. Weite Teile von Burkina Faso und des ländlichen Malis liegen außerhalb staatlicher Kontrolle.

Im April startete Jama'at Nusrat al-Islam wal-Muslimin (JNIM), ein Bündnis aus dschihadistischen Gruppen und der von Tuareg angeführten Befreiungsfront von Azawad (FLA), eine der größten koordinierten Offensiven in Mali seit 2012. Die FLA beanspruchte für sich, die Provinz Kidal zu kontrollieren, während bei koordinierten Angriffen mehrere Ziele getroffen wurden, auch in der Hauptstadt Bamako und ihrem Umland. Der malische Verteidigungsminister Sadio Camara wurde dabei getötet.

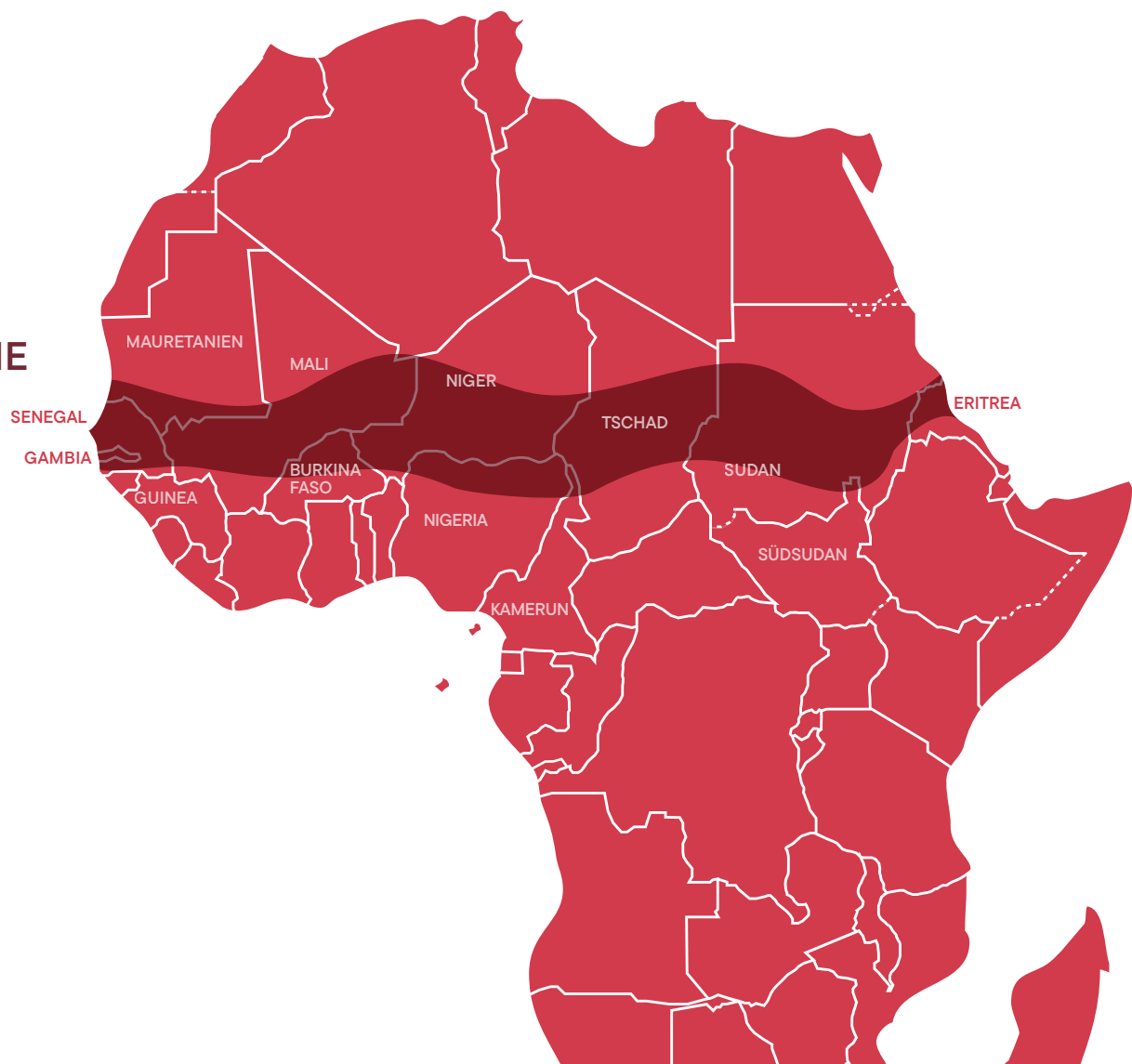
Die wichtigsten Entwicklungen bleiben aber oft hinter den Schlagzeilen verborgen. Bewaffnete Gruppen wie die JNIM müssen Bamako nicht kontrollieren, um Macht auszuüben. Sie können auch so Einfluss auf wichtige Handelsrouten, die Treibstoffversorgung und Viehmärkte ausüben und gleichzeitig Lösegeld erpressen.

Zunehmend versuchen bewaffnete Gruppen, nicht nur Gebiete, sondern auch den Waren- und Personenverkehr und damit das wirtschaftliche und soziale Leben ganzer Gemeinden zu kontrollieren.

Wie wirkt sich das auf den Alltag der Menschen aus?

Für die lokalen Gemeinschaften hängt ihr Überleben davon ab, wer ihre Mobilität kontrolliert. Die Menschen müssen sich fortbewegen, um Felder zu bewirtschaften, Tiere auf die Weide zu bringen und Märkte zu erreichen. Entscheidend ist, ob sie das sicher tun können. In einigen ländlichen Gebieten legen bewaffnete Gruppen wie JNIM zunehmend die Bedingungen fest, unter denen Bewegung möglich ist. Gemeinschaften sind teils gezwungen, von der JNIM auferlegte Abgaben oder Steuern zu zahlen, um Felder zu bewirtschaften, zu ernten oder Waren zu transportieren.

SAHELZONE



Zugleich fühlen sich viele Menschen von staatlichen Sicherheitskräften im Stich gelassen, insbesondere in den Randgebieten. In manchen ländlichen Gegenden, die seit Jahrzehnten marginalisiert sind, hat JNIM versucht, eigene Formen der Streitschlichtung und Rechtsprechung zu etablieren.

Werden bewaffnete Gruppen als Alternative zum Staat wahrgenommen? Wie verhalten sich die staatlichen Regierungen?

Die Regierungen haben zwar mehr Soldat*innen in ländliche Gegenden entsandt, aber an die militärische Präsenz schloss sich keine wirksame Regierungsführung an. Oftmals ist es den Staaten nicht gelungen, Landstreitigkeiten zu schlichten oder einen verlässlichen Zugang zur Justiz zu gewährleisten. Die Sicherheitslage ist weiterhin prekär. In einigen Regionen haben die staatlichen Sicherheitskräfte zudem aufgrund dokumentierter schwerwiegender Übergriffe ihre Legitimität verloren. Im April 2023 wurden in Karma, Burkina Faso, 156 Zivilist*innen bei einem Massaker getötet, das Human Rights Watch mit Angehörigen der burkinischen Streitkräfte in Verbindung brachte. In Moura, Mali, ergab ein Untersuchungsbericht der Vereinten Nationen starke Hinweise darauf, dass malische Truppen und ausländisches Militärpersonal während einer Operation im März 2022 systematisch mehr als 500 Menschen töteten. Der russischen Wagner-Gruppe wird vorgeworfen, daran beteiligt gewesen zu sein.

„Zunehmend versuchen bewaffnete Gruppen, nicht nur Gebiete, sondern auch den Waren- und Personenverkehr zu kontrollieren und damit das wirtschaftliche und soziale Leben ganzer Gemeinden.“

Mittlerweile ist JNIM einer der einflussreichsten bewaffneten Akteure in der Region und eine der Hauptursachen für dschihadistische Gewalt in der gesamten Sahelzone. JNIM-Operationen und -Netzwerke erstrecken sich von Mali und Burkina Faso bis in den Norden von Benin und

Togo. Auch andere dschihadistische Organisationen, darunter Gruppen, die dem IS nahestehen und Fraktionen von Boko Haram, sind weiterhin in der Region aktiv, insbesondere rund um den Tschadsee.

Wie beeinflusst der Klimawandel die aktuelle Konfliktodynamik?

Die Region ist mit anhaltenden Dürren, Sturzfluten und anderen Klimaextremen konfrontiert. Die Niederschläge sind unregelmäßiger geworden, was die Zeitpläne in der Landwirtschaft und Viehzucht durcheinanderbringt. Bauerngemeinschaften und Viehhalter*innen haben ihren Umgang mit Land und Wasser verändert. An manchen Orten können Verschiebungen im saisonalen Ablauf dazu führen, dass Viehherden in Anbauflächen vordringen, bevor die Ernte abgeschlossen ist. Solche Störungen können lokale Spannungen verschärfen, insbesondere dort, wo Mechanismen zur Mediation schwach ausgeprägt sind.

Bewaffnete Gruppen wissen, wie sie die durch den Klimawandel verschärften Schwierigkeiten ausnutzen können. An manchen Orten verstehen sie die lokalen Missstände besser als es die weit entfernten Ministerien tun. Sie nutzen Streitigkeiten um Wasser, Land und den Zugang zu Weideland, um Menschen zu mobilisieren und Einfluss zu gewinnen. Dabei füllen sie oft Lücken, die der Staat hinterlassen hat. Seit Jahrzehnten versäumen es die Regierungen, viele Landkonflikte zu lösen und ausreichend in Randgebiete zu investieren. Klimastress verschlechtert die Bedingungen, unter denen bewaffnete Gruppen operieren, doch die tieferen Ursachen sind politischer Natur: Marginalisierung, Straflosigkeit und ungelöste Streitigkeiten um Land, Gerechtigkeit und staatliche Autorität.

Klimatische Extreme haben von den Menschen in der Sahelzone schon immer Anpassung gefordert. Neu ist jedoch, dass Konflikte und politische Vernachlässigung jene lokalen Institutionen und Formen der Selbstregulierung zerstört haben, die einst Anpassung ermöglichten.

Der Klimawandel ist also Konfliktverstärker, nicht aber Hauptursache für die anhaltenden Konflikte?

Ja. Der Klimawandel ist zwar einer der Schuldigen in dieser Geschichte. Aber da es nicht möglich ist, ihn wie eine Person strafrechtlich zu verfolgen, kann es passieren, dass er für Regierungen und manchmal auch für Geber eine bequemere Erklärung darstellt als das Versagen politischer Entscheidungsträger. Der Konflikt in der sudanesischen Region Darfur wurde beispielsweise 2007 als der „erste Klimakrieg der Welt“ bezeichnet, wodurch die Geschehnisse in erster Linie als Umweltkrise geframt wurden. Diese Interpretation barg die Gefahr, zu verschleiern, dass die Gewalt in Sudan politisch organisiert war und bestimmte Akteure dafür verantwortlich waren.

Während sich die Klimakrise verschärft, untergraben die politischen Konflikte die Anpassungsfähigkeit der Gemeinschaften in der Sahelzone. Seit Generationen bewältigen die Menschen Dürren durch Mobilität, Migration und Reziprozität. Doch diese Strategien werden durch Krieg, Grenzschießungen und mangelnde Sicherheit zunehmend eingeschränkt. In vielen Gebieten können die Gemeinden Weideland, Felder oder Märkte nicht mehr sicher erreichen. Wenn die Bewegungsfreiheit von bewaffneten Gruppen kontrolliert wird, können diese entscheiden, wer passieren, Land bewirtschaften oder sich niederlassen darf. Dies kann dazu führen, dass Gemeinschaften in Bezug auf Zugang oder Schutz von ihnen abhängig werden. Das wiederum verschafft bewaffneten Gruppen einen erheblichen Vorteil, insbesondere dort, wo sie die Randgebiete besser kennen als die staatlichen Sicherheitskräfte.

Welche Rolle spielen klimabezogene Projekte, um Frieden in der Region zu fördern?

Zu viele Mittel der Klimafinanzierung gelangen nach wie vor nicht in jene abgelegenen Bezirke, in denen die Anfälligkeit am größten ist, da diese schwer zugänglich sind und von den Gebern als risikobehaftet eingestuft werden. Programme zur Friedensförderung hingegen konzentrieren sich häufig auf Machtteilung und Entwaffnung. Sie schenken aber Themen wie Wasser und Weideland sowie den alltäglichen Streitigkeiten, die Konflikte auf lokaler Ebene schüren, zu wenig Beachtung.

Was funktioniert, ist in der Regel sehr lokal und sehr spezifisch. So haben beispielsweise Vermittler wie das Centre for Humanitarian Dialogue dazu beigetragen, Vereinbarungen zwischen Bauern- und Hirtengemeinschaften auszuhandeln. Es wurden etwa Viehkorridore abgegrenzt und Regeln für den Zugang zu Feldern nach der Ernte festgelegt. Wo solche Vereinbarungen vor Ort akzeptiert und durchgesetzt werden, können sie helfen, Streitigkeiten beizulegen.

Jede funktionierende Landkommission kann den Raum einschränken, den bewaffnete Gruppen ausnutzen können. Die JNIM hat jedoch versucht, bei Streitigkeiten um Land und Wasser in lokalen Gemeinschaften zu vermitteln, um das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen. Peacebuilding auf lokaler Ebene ist daher zu einem Wettstreit geworden. Der Staat und seine Partner müssen bewaffnete Gruppen in Bereichen übertrumpfen, in denen staatliche Institutionen bisher keine wirksame Regierungsführung gewährleisten konnten. Dies ist in Gebieten, die nicht mehr unter wirksamer staatlicher Kontrolle stehen, noch schwieriger.

Die sich verschärfende Klimakrise und Versäumnisse in der Regierungsführung machen es zunehmend

schwieriger, den Frieden wiederherzustellen. Was ist zu tun?

Die Sahelstaaten müssen Frieden mit ihren Randgebieten schließen. Sie müssen Präsenz zeigen durch Justiz und staatliche Leistungen, nicht nur durch Soldat*innen. Jede erfolgreiche Landkommission entzieht den bewaffneten Gruppen Unterstützung. Togos Notfallprogramm, das Dienstleistungen und Investitionen in seine nördlichen Regionen lenkt, weist in die richtige politische Richtung, auch wenn die Terroranschläge weitergehen.

Fatalistische Narrative zum Klimawandel lehne ich ab. Die Gesellschaften der Sahelzone passen sich seit Langem an enorme klimatische Schwankungen an und sind auch angesichts des Klimawandels dazu in der Lage. Da eine ihrer ältesten Anpassungsstrategien die Mobilität ist, wird es von entscheidender Bedeutung sein, den Menschen die Möglichkeit zurückzugeben, sich frei und sicher in Randgebieten und Grenzregionen zu bewegen.

Die Lehre für Regierungen und Geber besteht darin, so zu investieren, dass vertrauenswürdige öffentliche Dienstleistungen in Randgebieten wiederhergestellt werden. Sie sollten zudem dazu beitragen, Konflikte und Ungleichheiten zu beseitigen, die den Alltag der Menschen prägen. Die Klimafinanzierung muss konfliktsensibel gestaltet sein und konfliktreiche Randgebiete erreichen, anstatt vorrangig in die Hauptstädte zu fließen.

Die Zukunft der Sahelzone wird zu einem großen Teil davon abhängen, wie die politischen Entscheidungsträger*innen die Themen Land, Mobilität und Sicherheit angehen. Wir sollten auch bedenken: Die Region hat eine der jüngsten Bevölkerungen der Welt, enormes Solarpotenzial und Zugang zu wachsenden Küstenmärkten für Energie, Produktion und Handel. In der Sahelzone schlummert beträchtliches Potenzial.



KAMAL DONKO

ist Politikgeograf und Experte für Konflikte und die Verwaltung von Grenzgebieten in Westafrika. Er forscht am Laboratoire d'Études et de Recherche sur les Dynamiques Sociales et le Développement Local (LASDEL) in Benin.

kamaldonko@gmail.com

FRAGILE STAATEN

Welche Krise ist die schlimmste?

Für viele Menschen in Südsudan bedeutet der Klimawandel überflutete Häuser, Ernteaussfälle, verendendes Vieh, geschlossene Schulen und die Suche nach Wasser und Weideland. Doch trotz der Schwere dieser Auswirkungen steht die Klimakrise bei Weitem nicht dauerhaft ganz oben auf der Liste der drängendsten Probleme des Landes. Sie muss mit Armut, Konflikten, Vertreibung und unsicherer Ernährungslage um einen Platz auf der nationalen Agenda konkurrieren.

VON ALBA NAKUWA

Kinder tragen 2021 ihre Habseligkeiten über ein überflutetes Feld im Bundesstaat Northern Bahr el Ghazal – das dritte Jahr in Folge, in dem die Region von schweren Überschwemmungen heimgesucht wurde.

Südsudan ist eines der Länder weltweit, die am stärksten vom Klimawandel bedroht sind. Extreme Wetterereignisse wie Überschwemmungen, Dürren und Hitzewellen untergraben zunehmend die Lebensgrundlagen der Menschen und setzen Gemeinden unter Druck, die ohnehin schon mit begrenzten Ressourcen zu kämpfen haben. Im Jahr 2024 waren laut UN mehr als 1,4 Millionen Menschen von den schlimmsten Überschwemmungen seit Jahrzehnten betroffen, und rund 380.000 Menschen wurden vertrieben.

Nach Angaben der UN sind mehr als 95 % der Bevölkerung Südsudans auf klimabedingte Lebensgrundlagen angewiesen. Landwirtschaft und Viehzucht sind besonders anfällig für Veränderungen bei Niederschlägen und Temperaturen. Wenn Klimaschocks die Verfügbarkeit von Ressourcen wie Wasser und Anbauflächen einschränken, geraten traditionelle Regelungen bezüglich Nutzung und Bewegungsfreiheit unter Druck, und Konflikte um Land verschärfen sich.

In der trockenen Savanne des nördlichen Bundesstaates Northern Bahr el Ghazal beispielsweise hat eine Kombination aus steigenden Temperaturen, unvorhersehbaren Niederschlägen und häufigen Überschwemmungen im Wechsel mit Dürren zu Ernteausfällen, Bodendegradation und Wasserknappheit geführt. Immer wieder sind die Menschen zur Flucht gezwungen, und die landwirtschaftliche Produktion sowie die Weideflächen gehen zurück.

Die Situation macht sich auch an Orten bemerkbar, die traditionell von günstigeren Wetterbedingungen profitiert haben. In Eastern Equatoria, einem Bundesstaat im Südosten Südsudans, der für seine grünen Wälder bekannt ist, haben anhaltende Dürre und unzureichende Niederschläge den landwirtschaftlichen Kreislauf gestört, sodass Landwirt*innen ihr Land nicht bewirtschaften und nicht genügend Nahrungsmittel produzieren können.

Die Situation ist im ganzen Land dieselbe: Wenn die Ernten ausfallen und die Nahrungsmittelvorräte der Haushalte schwinden, sind die Familien zunehmend auf humanitäre Hilfe angewiesen. Südsudan befindet sich somit in einem Teufelskreis: Unregelmäßige Niederschläge führen zu einem Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion, was die Ernährungsunsicherheit und die Armut verschärft, während die daraus resultierenden Krisen und Konflikte Ressourcen beanspruchen, die eigentlich in langfristige Maßnahmen zur Klimaanpassung investiert werden könnten.

Die Umfrage „Public Perceptions of Peace“ aus dem Jahr 2024 quantifiziert, wie diese Belastungen von der Bevölkerung in Südsudan wahrgenommen werden. Die Um-

frage wurde unter 4769 Teilnehmenden in allen zehn Bundesstaaten und einem Verwaltungsgebiet durchgeführt und ergab, dass 93 % der Befragten der Meinung waren, der Klimawandel habe direkte Auswirkungen auf ihre Gemeinden. 67 % gaben an, dass Mitglieder ihrer Gemeinden in den vergangenen drei Jahren durch Überschwemmungen oder Dürren vertrieben worden seien, während 89 % sagten, der Klimawandel habe die Landwirtschaft stark beeinträchtigt, und 79 % berichteten von Auswirkungen auf die Weidewirtschaft.

„76 % der
südsudanesischen
Bevölkerung leben
unterhalb der nationalen
Armutsgrenze.“

Die Umfrage deckte jedoch auch eine Kluft zwischen dem Ausmaß des Problems und dem Vertrauen in die staatlichen Maßnahmen auf. Während 54 % der Meinung waren, die Regierung tue genug, um dem Klimawandel entgegenzuwirken, betrachteten nur 19 % die nationale Regierung als die wirksamste Institution, um den Gemeinden bei der Bewältigung der Probleme zu helfen – im Vergleich zu 43 %, die UN-Organisationen nannten.

DAS JÜNGSTE LAND DER WELT

Die UN stellt fest, dass Klimastressoren in Südsudan und anderswo an sich keine Konflikte auslösten. Vielmehr wirkten sie auf bereits bestehende politische, wirtschaftliche und soziale Schwachstellen und verschärften dadurch Spannungen um Land, Wasser und andere Ressourcen.

Südsudan erlangte 2011 seine Unabhängigkeit und gilt als das jüngste Land der Welt. Nach der Unabhängigkeit führten jahrelange Konflikte und politische Instabilität dazu, dass sich viele Institutionen und die Wirtschaft des Landes nicht richtig etablieren konnten. Diese Situation wird durch die jüngsten Entwicklungen noch verschärft, da das Land beispielsweise damit zu kämpfen hat, die Folgen des Krieges in seinem Nachbarland Sudan zu bewältigen.

Eine Studie der Weltbank aus dem Jahr 2024 ergab, dass 76 % der südsudanesischen Bevölkerung unterhalb der nationalen Armutsgrenze leben. Mehr als zwei Drittel der Menschen leben in extremer Armut und müssen mit weniger als 2,15 Dollar pro Tag auskommen. Die Weltbank führt die Armut

im Land auf eine Kombination aus Konflikten, schwacher Regierungsführung, begrenzten staatlichen Kapazitäten und wiederkehrenden Naturkatastrophen zurück.

IN SCHULEN ZEIGEN SICH LANGFRISTIGE FOLGEN

Wenn solche Naturkatastrophen eintreten, benötigen die Gemeinden Nahrung, Unterkünfte, sauberes Wasser und medizinische Hilfe. Straßen und Schulen müssen instandgesetzt werden. Menschen, die ihr Zuhause verloren haben, müssen umgesiedelt werden. Und das sind nur die kurzfristigen Anforderungen an die Regierung, die ihre ohnehin knappen Ressourcen für die Nothilfe erschöpfen.

„Den Klimawandel als zweitrangiges Thema zu behandeln, weil es dringlichere Probleme gibt, könnte sich als kostspieliger Fehler erweisen.“

Langfristig jedoch werden dieselben Gemeinden ohne ausreichende Investitionen in Hochwasserschutzmaßnahmen, Frühwarnsysteme, klimaresiliente Infrastruktur und alternative Existenzgrundlagen immer wieder in dieselben Notlagen geraten.

Unter dem Strich untergräbt der Klimawandel still, aber stetig, Entwicklungsfortschritte. Schulen sind ein deutliches Beispiel dafür. Extreme Hitze beeinträchtigt den Unterricht, während Überschwemmungen Schulschließungen erzwingen oder Bildungseinrichtungen in Notunterkünfte verwandeln. Wenn Kinder wiederholt den Zugang zu Bildung verlieren, reichen die Folgen weit über die unmittelbare Katastrophe hinaus.

ALLE IN SÜDSUDAN WISSEN UM DEN KLIMAWANDEL

Südsudan muss sicherstellen, dass klimabezogene Überlegungen in die übergreifende Entwicklungs-, Friedens- und humanitäre Planung des Landes einfließen. Der Bau von Straßen, die auch bei Überschwemmungen befahrbar bleiben, die Verbesserung der Wasserinfrastruktur, die Stärkung von Frühwarnsystemen sowie die Unterstützung von Landwirt*innen und Viehzüchter*innen bei der Anpassung an sich verändernde Bedingungen können dazu beitragen, künftige humanitäre Kosten zu senken.

Für Südsudan stellt sich nicht mehr die Frage, wie man das Bewusstsein für den Klimawandel schärfen kann. Das gesamte Land ist sich dessen bewusst. Die schwierigere Frage ist vielmehr, wie ein Land, das mit Armut, Konflikten und anderen humanitären Krisen zu kämpfen hat, die Ressourcen aufbringen kann, um sich auf den nächsten Klimaschock vorzubereiten, bevor dieser eintritt.

Die Erfahrungen Südsudans verdeutlichen das Dilemma, mit dem viele gefährdete Länder konfrontiert sind: Diejenigen, die am stärksten von Klimaschocks betroffen sind, verfügen gleichzeitig über die geringsten Ressourcen, um sich darauf vorzubereiten. Den Klimawandel jedoch als zweitrangiges Thema zu behandeln, weil es dringlichere Probleme gibt, könnte sich als kostspieliger Fehler erweisen. Für Südsudan sind Klimaschutzmaßnahmen kein Luxus für eine wohlhabendere Zukunft. Sie sind zunehmend Teil des Kampfes des Landes um Ernährungssicherheit, Frieden und Entwicklung.

QUELLE

Deng, D. et al., 2024: Climate security in South Sudan: findings from the 2024 public perceptions of peace survey.



ALBA NAKUWA

ist freie Journalistin aus Südsudan. Sie lebt in Nairobi.

albanakwa@gmail.com



Infotafeln für Besucher*innen zeigen Fortschritte beim Schutz des Kasibo-Feuchtgebiets.

FEUCHTGEBIETE

Wie sich das Dorf Kasibo neu erfand

Feuchtgebiete sind wertvolle Ökosysteme, und für manche Gemeinden bilden sie auch die Grundlage ihrer wirtschaftlichen Existenz. Einem Dorf in Simbabwe gelang es nach Jahren der Dürre, ein Feuchtgebiet wiederherzustellen und so die eigenen Lebensgrundlagen zu verbessern.

Sobald Gertrude Moyo ihr Kind für die Schule fertig gemacht hat, macht sie sich auf den Weg zum Gemeinschaftsfeld ihres Dorfes. Es ist eine Routine, an die sie sich in den vergangenen Jahren gewöhnt hat. Der Acker in dem Dorf Kasibo im Distrikt Hwange im Westen Simbabwe ist zu ihrem Arbeitsplatz geworden; er deckt den Bedarf an Gemüse für ihre Familie.

Nur wenige Jahre bevor sie mit dem Gemüseanbau begann, hätte die 43-Jährige die Hoffnung auf ein Leben in Kasibo beinahe aufgegeben. Mehrere Jahre in Folge war es zu Dürren gekommen, für viele Dorfbewohner*innen ein klares Zeichen des Klimawandels in einer Region, die ohnehin durch geringe Niederschläge und hohe Temperaturen gekennzeichnet ist. „Die Lage war zum Verzweifeln, ich konnte meine Familie nicht durch die Landwirtschaft ernähren“, erinnert sich Gertrude Moyo.

Zu den wichtigen Wirtschaftszweigen des Distrikts Hwange zählen Kohlebergbau, Naturschutz und Tourismus. Die Mehrheit der Bevölkerung ist jedoch auf Landwirtschaft angewiesen, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.

Während einige Gemeindeglieder aufgrund der Dürren das Risiko einer Auswanderung nach Südafrika abwogen, erinnerten sich andere daran, dass ein Feuchtgebiet die Gegend früher mit genügend Wasser versorgte. Dann aber war die Bevölkerung gewachsen, es wurde immer mehr Vieh gehalten. Der Wasserbedarf stieg und die Rinder drangen in sensible Bereiche des Feuchtgebiets ein, das nicht gut gemanagt wurde und mit der Zeit degradierte.

„Unsere Kinder wussten nichts von diesem Feuchtgebiet, weil es vollkommen zerstört war“, sagt Gertrude Moyos Nachbarin Nomsa Ncube. „Wir gehörten zu denen, die es zerstört hatten, und wir konnten daran nichts Falsches erkennen. Das änderte sich, als sich die Auswirkungen des Klimawandels verschlimmerten.“

VON DEGRADIERUNG ZU GEZIELTEM MANAGEMENT

Die Gemeinde beschloss, das Feuchtgebiet wiederherzustellen. Eine Gruppe von 31 Frauen und neun Männern aus der Gemeinde rief 2017 das Kasibo-Feuchtgebiet-Projekt ins Leben. Mit Hilfe von Behörden und anderen Unterstützern gelang es, das Management des Gebiets entscheidend zu verbessern. Unter anderem wurde ein Kerngebiet eingezäunt und darauf geachtet, Quellen besser zu schützen. „Wir haben es versucht, und es funktioniert“, sagt Nomsa Ncube.

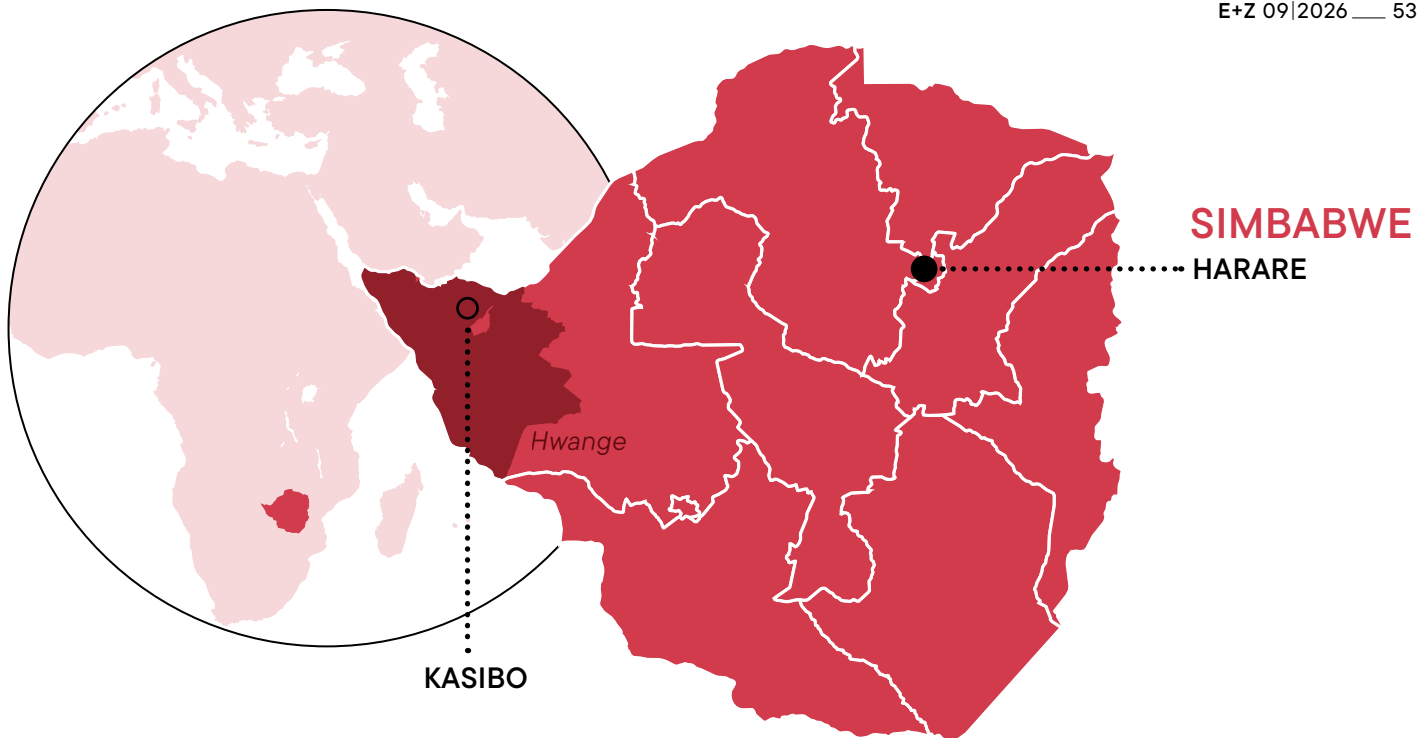
Zu den Förderern des Projekts zählen simbabwische Behörden wie die Environmental Management Authority, die Agricultural Rural Advisory Services und der Hwange Rural District Council. Weitere Unterstützung kam vom UN-Welternährungsprogramm, der gemeinnützigen Organisation World Vision und der Zimbabwe Parks And Wildlife Management Authority.

Im Zentrum des Projekts steht ein landwirtschaftlicher Betrieb auf zwei Hektar Land. Neben Gemüse baut die Gemeinschaft auch Mangos und Orangen an und hält Bienen. Das erzeugte Obst und Gemüse wird unter den Mitgliedern aufgeteilt, die es teilweise in der nahegelegenen Stadt Hwange verkaufen. Einige Mitglieder haben vor, wei-

Foto: Calvin Manika



Die Anbaufläche versorgt mehrere Familien mit Obst und Gemüse.



tere lukrative Märkte zu erschließen, wie die ebenfalls nicht weit entfernte Stadt Victoria Falls bei den gleichnamigen, weltberühmten Wasserfällen.

Jenseits des wirtschaftlichen Nutzens für die Bewohner*innen beherbergt das Kasibo-Feuchtgebiet ein reichhaltiges Ökosystem, zu dem Antilopen, Otter und eine Vielzahl von Fischarten gehören. Kasibo ist somit eines von zwei funktionsfähigen Feuchtgebieten im Distrikt Hwange. Drei weitere sind degradiert, ohne dass derzeit Sanierungspläne in Sicht wären. Nach Angaben der zivilgesellschaftlichen Organisation Zimbabwe Environmental Law Organisation (ZELO) bedecken Feuchtgebiete etwa drei Prozent der Landesfläche von Simbabwe. Davon seien lediglich 21 % in stabilem Zustand, während 18 % stark geschädigt und 61 % mäßig geschädigt seien.

SIEBEN BESONDERS GESCHÜTZTE FEUCHTGEBIETE IN SIMBABWE

Simbabwe ist Unterzeichnerstaat der Ramsar-Konvention, einem globalen zwischenstaatlichen Vertrag für nationale Maßnahmen und internationale Zusammenarbeit zum Schutz von Feuchtgebieten. Das Land hat sieben Feuchtgebiete von internationaler Bedeutung ausgewiesen, die besonders geschützt sind: den Victoria-Falls-Nationalpark, den Cleveland-Damm, den Mana-Pools-Nationalpark, die Chinhoyi-Höhlen, die Driefontein-Graslandschaften, das Monavale Vlei und das Gebiet der Seen Chivero und Manyame. Die Gesamtfläche der Ramsar-Gebiete in Simbabwe beträgt gut 450.000 Hektar.

Das wachsende Bewusstsein dafür, wie wichtig Feuchtgebiete für Simbabwe sind, zeigt sich auch daran, dass 2025 die 15. Vertragsstaatenkonferenz der Ramsar-Konvention in

Victoria Falls stattfand. Es war das erste Mal, dass Simbabwe die Konferenz ausrichtete. Die Vertreter*innen aus mehr als 170 Ländern bekräftigten unter anderem ihre Absicht, Wasservögel und Flussdelfine besser zu schützen. Im Rahmen der Tagung besuchten die Teilnehmenden auch das Kasibo-Feuchtgebiet.

Gertrude Moyo, Nomsa Ncube und andere Mitglieder des Projekts sind in ihrem Dorf und den benachbarten Gemeinden zu Fürsprecher*innen für den Schutz von Feuchtgebieten geworden. Sie setzen sich dafür ein, kostbare Ressourcen zu schützen, auch um die zunehmenden Auswirkungen des Klimawandels abzumildern.

Solches Engagement ist wichtiger denn je: Feuchtgebiete sind nicht nur nützlich als Quellen, Speicher und Filter von wertvollem Wasser und als Heimat für zahlreiche Arten. Sie können auch 50-mal mehr Kohlenstoff speichern als Regenwälder und helfen so im Kampf gegen die Klimakrise. Dennoch degradieren laut dem Global Wetland Outlook 2025 die Feuchtgebiete in vielen Weltregionen weiterhin, insbesondere in Lateinamerika, der Karibik und Afrika, aber auch in Europa, Nordamerika und Ozeanien.

QUELLE

Global Wetland Outlook 2025



CALVIN MANIKA

ist ein international tätiger Journalist mit Sitz in Simbabwe. Er berichtet über sozioökonomische Themen, Umwelt, Regierungsführung, Nachhaltigkeit und Handel.

cloudgoreiyezi@gmail.com